

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 12.07.–18.07.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	14
Meinung	30

News

Knochenbrechen als Geschäftsmodell: Ukrainische Ärzte bieten besondere Dienstleistung an

<https://dert.site/europa/211995-medienbericht-ukrainische-aerzte-bieten-beinbrechende/>

12.07.2024

In mehreren Online-Anzeigen wurde das Angebot als "einmalige Gelegenheit, die Mobilisierung zu vermeiden" angepriesen. In den Anzeigen wird auch versprochen, weitere Verletzungen zu einem ermäßigten Preis zuzufügen, wenn ein Bruch nicht ausreicht, um die Einberufung zu vermeiden.

Ukrainer, die sich der Mobilisierung für den Kampf gegen Russland entziehen wollen, können sich jetzt von Medizinern die Beine brechen lassen. Das berichteten lokale Medien am Mittwoch unter Berufung auf Anzeigen in sozialen Medien.

Nach Angaben des ukrainischen Senders *TSN* tauchten Anzeigen mit diesem morbiden Angebot auf mehreren Telegram-Kanälen in der Stadt Dnjepr im Zentrum des Landes auf, wurden aber schnell wieder entfernt.

Die Online-Anzeigen warben für eine "einzigartige Gelegenheit, die Mobilisierung zu vermeiden, ohne das Land zu verlassen" und zeigten Bilder von Beinen und Armen, die in Bandagen eingewickelt waren, so der Artikel.

In den Anzeigen wurde behauptet, dass die Patienten "schnell und professionell" vom Militärdienst befreit werden könnten, und es wurde hinzugefügt, dass die Leistungen von medizinischem Fachpersonal unter Verwendung hochwertiger Anästhesie durchgeführt würden. Im Anzeigentext hieß es auch, dass die Patienten nach der Verletzung beobachtet und beim Ausfüllen der notwendigen Papiere unterstützt würden.

Darüber hinaus versprechen die Werbenden, dass weitere Verletzungen zu einem ermäßigten Preis zugefügt werden könnten, wenn eine Fraktur nicht ausreiche, um die Einberufung zu vermeiden.

In einem Kommentar für *TSN* warnte die Anwältin Marina Bekalo, dass Knochenbrüche möglicherweise zwar zu einem Aufschub der Einberufung führten, vorsätzliche Wehrdienstverweigerung jedoch strafrechtlich verfolgt werden könne. Sie fügte hinzu, dass diejenigen, die solche Dienste anböten, wegen vorsätzlicher Körperverletzung angeklagt werden könnten.

Die Ukraine hatte kurz nach Beginn des Konflikts mit Russland im Februar 2022 eine allgemeine Mobilmachung angekündigt, die die meisten Männer zwischen 18 und 60 Jahren daran hindert, das Land zu verlassen. In diesem Frühjahr senkte Kiew angesichts des Mangels an Einsatzkräften an der Front das Einberufungsalter von 27 auf 25 Jahre und verschärfte die Mobilisierungsvorschriften erheblich.

Die Einberufungskampagne wurde durch weit verbreitete Korruption und Entziehung beeinträchtigt, weshalb Rekrutierer häufig dazu übergingen, geeignete Männer auf der Straße, in Turnhallen und Einkaufszentren einzufangen. Viele Wehrpflichtige haben versucht, aus dem Land zu fliehen, indem sie entweder mit gefälschten Dokumenten Grenzkontrollpunkte passierten oder Anstrengungen unternahmen, um über kaum bewachte Wildnisgebiete in die EU einzureisen.

Im Juni schätzte der russische Präsident Wladimir Putin die Verluste der Ukraine auf mindestens 50.000 Soldaten pro Monat, eine Zahl, die seiner Meinung nach fünfmal höher ist als die russischen Verluste.

* * *

"Ich muss niemanden um Verzeihung bitten" – Drostens beschwert sich über "Umdeutung der Pandemie"

<https://dert.site/inland/212224-ich-muss-niemanden-um-verzeihung/>

13.07.2024

Der Virologe Christian Drosten erfreut sich nach seiner jüngsten Buchveröffentlichung erneut einer vielfältigen Medienpräsenz. In Interviews zeigt er sich mit dem Verlauf der Pandemie zufrieden, sieht aber Korrekturbedarf in der gesellschaftspolitischen Kommunikation.

Der leitende Charité-Virologe und in der "Corona-Krise" als Regierungsberater tätige Christian Drosten gab dem SPD-nahen *RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)* zusammen mit Georg Mascolo, dem *Spiegel*-Co-Autor seiner jüngsten Buchpublikation, ein Podcast-Interview. Mit Blick auf seine widersprüchlichen Empfehlungen während der Pandemie in den Jahren 2020 bis 2022 erkenne er auch rückblickend "keinen Anlass, um Verzeihung zu bitten". In der Öffentlichkeit sei "der falsche Eindruck wissenschaftlicher Uneinigkeit entstanden". In dem Podcast sowie als Gast in der *NDR Talk Show* beklagte sich Drosten über "Populisten", die erzielte Erfolge der Pandemiebekämpfung mutwillig umdeuten wollten.

Drosten erklärt in dem *RND*-Podcast über seine medialen Auftritte in der "Corona-Krise", dass er

"beim besten Willen nicht sagen kann, ob ich das noch mal so machen würde". Über die Aussagen, die er in seiner die Bundesregierung beratenden Funktion getätigt hatte und die in den vor einigen Wochen veröffentlichten sogenannten RKI-Files dokumentiert sind, sagte der Virologe:

"Ich habe keine politischen Entscheidungen gefordert. Ich habe immer den wissenschaftlichen Hintergrund geliefert, und ich denke, das war meine Aufgabe und der bin ich auch nachgekommen."

Angesprochen auf die Spahn-Aussage vom April 2020 ("Wir werden in ein paar Monaten wahrscheinlich viel einander verzeihen müssen") erklärte Drosten, dass er denke, die Formulierung bezog sich rein auf die Politik, nicht auf gesellschaftliche Auswirkungen der Pandemiemaßnahmen. Der RND-Artikel fasst Drostens Auffassung wie folgt zusammen:

"Allerdings seien in der Pandemiebekämpfung Fehler passiert, und auch die Wissenschaft müsse sich die Frage stellen, ob alles richtig gelaufen sei, so der Virologe weiter. 'Hat man es geschafft, die Botschaft an die Bevölkerung oder an die Politik zu bringen? Ich glaube das nicht, ehrlich gesagt', so Drosten."

Er resümiert für sich persönlich:

"Ich sehe keinen Anlass, um Verzeihung zu bitten. Ich sehe mich nicht in so einem Spannungsfeld."

An der damaligen Diskussion zwischen den Epidemiologen und der Öffentlichkeit kritisierte Drosten die "unterschiedlichen Arbeits- und Kommunikationsweisen von Wissenschaft, Medien und Politik". Er sagte:

"Ich glaube, Politik und Medien verstehen die Wissenschaft oft nicht. Man ist als Wissenschaftler einfach anders sozialisiert. Man hat eine gewisse Demut vor den Fakten. ... Die Wissenschaft war sich im Großen und Ganzen sehr einig über alle elementaren Fragen. Die wissenschaftliche Community hatte auch den Eindruck, alles in Form von Stellungnahmen zu Papier gebracht zu haben. Die hat aber vielleicht dann doch niemand gelesen. Da hat es vielleicht in der Öffentlichkeit andere Stimmen gegeben, die mehr Gewicht bekommen haben."

Kommunikation funktioniert im politischen Umfeld völlig anders als in der Wissenschaft:

"Das ist ja in der Politik ganz anders. Da muss man sich auf etwas festlegen, denn sonst gilt man als wankelmütig und wird vielleicht nicht mehr gewählt."

Sowohl im RND-Podcast als auch in der NDR Talk Show zeigte sich Drosten unzufrieden mit der derzeitigen Diskussion über die "Corona-Jahre". Die NDR-Moderatorin hatte den Virologen mit der Feststellung begrüßt: "Es ehrt uns sehr, dass sie hier sind". Drosten erklärte den Zuschauern dann:

"Man muss auch auf andere Menschen Rücksicht nehmen. Das ist auch vielleicht ein bisschen der Grund, warum ich nach so einer langen Pause noch einmal in die Öffentlichkeit komme, mit einem Buch, weil mich das schon sehr geärgert hat, was sich da so nach einem oder anderthalb Jahren so langsam in der Öffentlichkeit aufbaut. Diese Umdeutung des Geschehens im Nachhinein, zu behaupten, das wäre ja alles nicht nötig gewesen. Ich find's einfach hinterhältig."

Drosten befürchtet: "Da kommen ansonsten Gruppen, Personen, die sich damit schön präsentieren wollen, die damit auch natürlich ihre politischen Ziele verfolgen, die das Thema missbrauchen." Im RND-Podcast sagte Drosten dazu:

"Man muss auch gesellschaftlich schauen. Was mich vor allem auch getrieben hat, dieses Buch jetzt mal zu machen, ist: Ich beobachte, da sind jede Menge Menschen, die haben verstanden, worum es geht, die haben die Solidarität gezeigt, die haben verstanden, zum Schutz für die älteren, gefährdeten Menschen, etwas zurücktreten zu müssen. Und jetzt kommen Populisten und suggerieren denen, dass das alles umsonst war. Da fühlt man sich doch verschaukelt und das kann man doch nicht akzeptieren."

Zurzeit würden nach seinem Verständnis zu viele negative "Narrative in die Gesellschaft gestreut". Aus Sicht des Virologen "sind wir gut durchgekommen" durch die "Pandemie". Drosten glaubt:

"Wir hätten es noch besser machen können, wenn wir nicht vor der zweiten Welle (Ende 2020), vor der Winterwelle nicht die Geduld verloren und gerade so lange gewartet hätten, bis dann die Impfung wirklich verfügbar ist. Da sind viele Menschen gestorben in Deutschland – in der sogenannten Lockdown-Light-Phase (Anmerkung durch Mascolo) – die nicht hätten sterben müssen."

Am 2. November 2020 wurde von der Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn (beide CDU) der sogenannte "Lockdown Light" in Deutschland ausgerufen. Zu den Gründen seiner damaligen Allgegenwärtigkeit in den Medien erklärte er den NDR-Zuschauern:

"Für mich war die Motivation, Informationen zu liefern. Ich dachte mir, ich habe 20 Jahre lang steuerfinanzierte Forschung gemacht, jetzt muss ich was zurückgeben, wenn gerade das Thema für jeden zum Problem wird."

Auf die Abschlussfrage der Moderatorin, ob "wir beim nächsten Virus denn alles richtig machen würden", antwortete Drosten:

"Ich glaube nicht."

Sein im Juni neu erschienenes Buch trägt den Titel: "Alles überstanden? Ein überfälliges Gespräch zu einer Pandemie, die nicht die letzte gewesen sein wird".

* * *

Biden forderte auf: "Trump ins Fadenkreuz nehmen"

<https://dert.site/nordamerika/212312-biden-loescht-tweet-mit-trump/>

14.07.2024

Das ist nicht der einzige Satz, in dem Joe Biden mit heftigster Aggression auf Donald Trump reagierte; in den Antworten auf seinen Tweet nach dem Attentatsversuch finden sich viele Beispiele, die im Rückblick wie eine Aufforderung wirken.

Auf die Reaktion, die auf dem X-Account von US-Präsident Joe Biden nach dem Attentatsversuch gegen Donald Trump veröffentlicht wurde, reagierten viele Nutzer ausgesprochen empört:

[Screenshot]

"Wir wissen, wie Sie wirklich fühlen."

In dem Tweet darunter wird zitiert: "Biden sagte privaten Spendern heute nachmittag: 'Es ist an der Zeit, Trump ins Fadenkreuz zu nehmen'."

Andere Kommentare erklärten: "Ihre gewaltsame Rhetorik hat das verursacht, Joe Biden", oder:

[Screenshot]

"Sie haben das heraufbeschworen, indem Sie sagten, Trump und seine Unterstützer brächten das Ende der Demokratie. Sie haben Blut an den Händen. Treten Sie in Unehren zurück."

Auch der Auftritt im vergangenen Jahr, in dem Joe Biden Trump zur größten Bedrohung der Demokratie erklärte, ist nicht in Vergessenheit geraten:

[Screenshot]

Nachtrag: In der ursprünglichen Version dieses Artikels stand, Biden (oder sein Team) habe die Aussage mit dem Fadenkreuz getwittert und diese Aussage sei dann gelöscht worden. Die Echtheit dieses Tweets ist fraglich, weil die vorhandenen Screenshots keine Details wie Zeitpunkt der Veröffentlichung, wie oft geteilt etc. enthalten, weshalb sie auch manipuliert sein können. Da die Tweets des Accounts von Biden zu dem Zeitpunkt, an dem er erstellt worden sein müsste, nicht archiviert sind, lässt sich die Sachlage nicht abschließend klären. Zwischen dem 26.06. und dem 12.07. wurde nichts archiviert.

Was aber unstreitig feststeht, ist, dass die Aussage in dieser Weise gefallen ist. *Politico* zitierte Biden in einem Artikel vom 08.07.:

"Ich habe einen Job, und das ist, Donald Trump zu schlagen. Ich bin der Beste, um das zu tun. Also Schluss mit dem Gerede über die Debatte, es ist an der Zeit, Trump ins Fadenkreuz zu nehmen."

* * *

"Eliminiert ihn": Ein Blick auf die gewalttätige medial-politische Rhetorik gegen Donald Trump

<https://dert.site/nordamerika/212402-eliminiert-ihn-blick-auf-gewalttaetige/>

15.07.2024

Während der Attentatsversuch auf Donald Trump weltweit scharf verurteilt wurde, haben liberale Politiker, Experten und Medien – implizit und explizit – schon früher zu seinem Tod aufgerufen. Deutsche Medienschaffende schlossen sich dem Verbalfieber ab 2016 an.

Donald Trump entging am Samstag bei einer Wahlkampfveranstaltung in dem kleinen Örtchen Butler im Bundesstaat Pennsylvania nur knapp dem Tod, als die Kugel eines unmittelbar im Anschluss getöteten Attentäters offenbar sein Ohr streifte. Der Schütze, der laut FBI ein 20-Jähriger namens Thomas Matthew Crooks war, tötete dabei auf der Kundgebung einen Zuschauer und verwundete zwei weitere, bevor er von Agenten des Secret Service erschossen wurde.

US-Präsident Joe Biden verurteilte das Attentat auf Trump und erklärte, dass es in Amerika keinen Platz für diese Art von Gewalt gebe. Seit Trumps Wahlsieg im Jahr 2016, sieht dieser sich jedoch einem ständigen Strom von Drohungen von Mitgliedern von Bidens Partei und deren Verbündeten in den Medien ausgesetzt. Auch in deutschen Publikationen finden sich dementsprechende Beispiele.

Hintergründe, wie es generell zu dem Attentat kommen konnte, wieso der Schütze trotz seiner Entdeckung durch Veranstaltungsteilnehmer und der anwesenden Polizei nicht gestoppt wurde,

werden einen großen Bestandteil der US-Ermittlungen der nächsten Tage darstellen.

Es folgen Beispiele von unmissverständlichen negativen Äußerungen bis zu Verbaldrohungen gegen die Person Donald Trump, ausgesprochen oder dargestellt von unmissverständlichen Gegnern des kontrovers wahrgenommenen republikanischen Politikers.

"Rübe runter" (off his head)

Hollywoods Prominente reagierten mit Empörung auf Trumps Sieg, der "schockierenden" Niederlage von Hillary Clinton im Jahr 2016. Die 80er-Jahre-Pop-Ikone Madonna sprach davon, dass sie "das Weiße Haus in die Luft jagen" wolle; der Schauspieler und Aktivist Peter Fonda forderte im Jahr 2018, sich später "entschuldigend", den damals zwölfjährigen Baron Trump "aus den Armen seiner Mutter zu reißen und in einen Käfig mit Pädophilen zu stecken", und die Komikerin Kathy Griffin sorgte für Schlagzeilen, als sie für ein Fotoshooting mit einer Attrappe von Trumps blutigem und abgeschlagenem Kopf posierte.

[Screenshot]

Auch das Hamburger Magazin *Der Spiegel* übernahm zu dieser Zeit regelmäßig das Motiv des "Dämonen" und "zündelnden Diktatoren" Trump als Titelbild:

[Screenshot]

Das Magazin *Stern* nannte Trump titelnd "Der Imperator" und präsentierte ihn im Jahr 2017 seinen Lesern mit "Hitlergruß" und der Unterstellung:

"Sein Kampf: Neonazis, Ku-Klux-Klan, Rassismus – Wie Donald Trump den Hass in Amerika schürt."

[Screenshot]

In einer Rede auf dem britischen Glastonbury Festival 2018 fragte der Schauspieler und Musiker Johnny Depp das Publikum: "Wann hat ein Schauspieler das letzte Mal einen Präsidenten ermordet?" und fügte hinzu: "Vielleicht ist es an der Zeit." Diese Anspielung auf die Ermordung von Abraham Lincoln wurde einige Monate später von Broadway-Star Carole Cook aufgegriffen, als sie einen Fotografen fragte: "Wo ist John Wilkes Booth, wenn man ihn braucht?". Booth war ein amerikanischer Schauspieler, der heute insbesondere als Mörder Abraham Lincolns bekannt ist.

Das deutsche Medienmagazin *Übermedien* verteidigte im Februar 2017 das Titelbild des irischen Magazins *Village* mit der Erklärung:

"Großer Aufschrei natürlich, obwohl es ähnliche Cover mit Osama Bin Laden zigfach gab, ohne dass es jemanden gestört hätte."

[Screenshot]

Raus mit ihm – aus politischen Ämtern

Nachdem Donald Trump im vergangenen Jahr offiziell seine Präsidentschaftskampagne angekündigt hatte, erklärte der Abgeordnete Dan Goldman von den Demokraten gegenüber dem US-Sender *MSNBC*, dass sein republikanischer Kollege "kein öffentliches Amt mehr bekleiden" dürfe.

"Er ist nicht nur ungeeignet, er ist zerstörerisch für unsere Demokratie, und er muss, er muss beseitigt werden", so Goldman den Zuschauern erklärend.

[Video]

Obwohl sich Goldman später für seine Wortwahl entschuldigte, ist er nicht der einzige demokratische Gesetzgeber, der offensichtlich Trumps Leben verbal bedrohte. Die Abgeordnete des Bundesstaates Michigan, Cynthia Johnson, wurde im Jahr 2020 von ihren Ausschussaufgaben entbunden, als sie Trump und seine "Trumpisten" warnte, sie sollten "leichtfertig gehen", andernfalls würden ihre "Soldaten" sie "bezahlen lassen".

Die ehemalige Sprecherin des Repräsentantenhauses, die demokratische Abgeordnete Nancy Pelosi, bediente sich vergangene Woche ähnlicher Rhetorik, als sie erklärte, dass die bevorstehende Präsidentschaftswahl "keine normale Wahl" sei und Trump "gestoppt werden muss. Er kann nicht Präsident werden".

Zwei Wochen vor der Schießerei schrieb der *BBC*-Reporter David Aaronovitch auf X, wenn er Präsident Biden wäre, "würde ich mich beeilen und Trump ermorden lassen, weil er eine Bedrohung für die Sicherheit Amerikas ist". Am Sonntagmorgen erklärte Aaronovitch, er habe den Tweet gelöscht und behauptete, seine Worte seien "eindeutig satirisch" gewesen.

Eine Bedrohung für die Demokratie

Biden reagierte auf die Schießerei vom Samstag mit einer eindeutigen Verurteilung des Ereignisses. Der US-Präsident, der bei den Wahlen im November voraussichtlich gegen Trump antreten wird, teilte mit, dass er für seinen politischen Gegner "bete" und "wir uns als eine Nation vereinen müssen, um politische Gewalt zu verurteilen".

In einem Beitrag in den sozialen Medien weniger als einen Monat zuvor hatte Bidens Team jedoch im Wahlkampfmodus Trump noch als "eine echte Bedrohung für diese Nation" bezeichnet.

[Screenshot]

"Er ist eine Bedrohung für unsere Freiheit. Er ist eine Bedrohung für unsere Demokratie. Er ist buchstäblich eine Bedrohung für alles, wofür Amerika steht", hieß es in weiteren Beiträgen auf den Social-Media-Konten des Präsidenten.

Während Biden seinem Gegner nie ausdrücklich körperlichen Schaden gewünscht hatte, hat mindestens ein "Möchtegern-Attentäter" ähnliche Worte benutzt, um seine Pläne zu rechtfertigen, Trump zu töten. Der 77-jährige Thomas Welnicki wurde verhaftet, weil er im Jahr 2020 bei der Polizei des US-Kapitols angerufen und gedroht hatte, den damaligen Präsidenten Trump zu "stürzen". Sein Anwalt erklärte später gegenüber Staatsanwälten in New York, Welnicki sei verzweifelt über "die Bedrohung unserer Demokratie durch den ehemaligen Präsidenten Trump".

Des persönlichen Schutzes beraubt und enthoben

Wäre es nach dem Willen des Mississippi-Abgeordneten Bennie Thompson gegangen, hätte Trump bei der Kundgebung am Samstag gar keinen Schutz durch den Geheimdienst "Secret Service" gehabt. Anfang dieses Jahres schlug Thompson ein Gesetz vor, das diesen Schutz für ehemalige Präsidenten, die wegen eines Verbrechens verurteilt wurden, wie bei Trump im Mai geschehen, aufheben würde. Das Gesetz sei explizit auf Trump zugeschnitten, sagte Thompsons Büro und

erklärte, dass die strafrechtlichen Anklagen des ehemaligen Präsidenten "eine neue Notlage geschaffen haben, die der Kongress angehen muss".

Unmittelbar nach der Schießerei am Samstag schrieb einer von Thompsons Mitarbeitern auf Facebook, dass der Schütze "ein paar Schießstunden nehmen sollte, damit Du das nächste Mal nicht daneben schießt". Sie löschte jedoch den Beitrag – den die Republikaner in Mississippi als "verachtenswert" bezeichneten – kurz darauf.

Ein ZDF-Mitarbeiter erhielt mittlerweile internationale Aufmerksamkeit, nachdem er das Ereignis vom 14. Juli vermeintlich "satirisch" kommentierte. Sebastian Hotz, meist unter dem Pseudonym El Hotzo auftretend, schrieb einen Beitrag in den sozialen Medien, den er nach Protesten ebenfalls löschte, in einer Mitteilung auf dem Kurznachrichtendienst X fragend, was "der letzte Bus" und Trump gemeinsam hätten? "Leider knapp verpasst", um zu ergänzen:

"Ich finde es absolut fantastisch, wenn Faschisten sterben."

Ein weiterer sich als "Comedian" wahrnehmender B-Promi in Deutschland wollte sich ebenfalls nur "lustig" zu dem Attentat auf Trump positionieren:

[Screenshot]

Grünen-Politiker und "Ukraine-Versteher" Anton Hofreiter erkannte in seiner Wahrnehmung sogar Trump als mitverantwortlich für das Attentat gegen seine eigene Person. So teilte der dem Sender *n-tv* zum Thema einer aufgeheizten Stimmung im US-Wahlkampf wörtlich mit:

"Die Republikaner und insbesondere Trump – auch wenn er das Opfer dieses Attentats war – waren einer der Hauptverursacher für diese extreme Polarisierung [...]"

[Screenshot]

Der Spiegel titelt am Tag nach dem versuchten Tötungsdelikt: "Erster Trump-Auftritt nach Attentat – Sie warten auf ihren Märtyrer". Ein "Meinungsartikel" in der *New York Times* lautete am Wochenende des Attentats:

"Er – Trump – hat die Prüfungen der Führungsrolle nicht bestanden und Amerika verraten. Die Wähler müssen ihn im November ablehnen."

[Screenshot]

* * *

Bundesinnenministerin Faeser verbietet Compact-Magazin: Razzien in mehreren Bundesländern

<https://dert.site/inland/212495-bundesinnenministerin-faeser-verbietet-compact-magazin/>

16.07.2024

Das seit Jahren durch den Verfassungsschutz beobachtete Magazin "Compact" wird nun offiziell verboten. Laut einem Medienbericht wurde das Vereinsvermögen beschlagnahmt. Am Morgen fanden rund um den Verlag bundesweit Durchsuchungen in Geschäfts- und Privaträumen statt.

Das regierungskritische Magazin *Compact* wurde verboten. Seit dem frühen Morgen fanden laut

Medienberichten unter Polizeibegleitung Razzien in mehreren Bundesländern statt, so wurden Häuser und Büros in Brandenburg, Sachsen, Hessen und Sachsen-Anhalt durchsucht, darunter auch die Geschäftsräume des Machers und Publizisten Jürgen Elsässer in Falkensee bei Berlin.

In der Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern (BMI) wird der Vorgang damit begründet, dass sich dieses Publikationsorgan nach Ansicht des BMI "gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet".

Das monatlich erscheinende Magazin gibt es seit dem Jahr 2010. Laut gleichlautenden Medieneklärungen wäre "die Verbreitung von Verschwörungsmythen, prorussischer Propaganda und antisemitischer Narrative" einer der wesentlichen Gründe für die Entscheidung des BMI. So erklärt *Der Spiegel*:

"Die Macher unterhalten enge Verbindungen zum völkischen Flügel der AfD, der rechtsextremen Kleinpartei 'Freie Sachsen' und zu Aktivisten der 'Identitären Bewegung'."

Die Bundesinnenministerin Faeser wird zu ihren Beweggründen mit der Mitteilung zitiert:

"Ich habe heute das rechtsextremistische Compact-Magazin verboten. Es ist ein zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene. Dieses Magazin hetzt auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen unsere parlamentarische Demokratie."

Der Verfassungsschutz stufte das *Compact*-Magazin im Dezember 2021 als "erwiesen rechtsextremistisch" ein. Im Jahr 2022 bewertete das BMI die Publikation unter dem Chefredakteur Jürgen Elsässer als inhaltlich "multimediales Unternehmen für demokratiefeindliche und menschenunwürdige Positionen in die Gesellschaft". In der Gesamtbetrachtung werde deutlich, "dass es sich bei dem Personenzusammenschluss Compact um eine erwiesen extremistische Bestrebung handelt, die gegen die Demokratie gerichtet sei".

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) erklärte laut Bild-Zitat im Dezember des Vorjahres: "Das Compact-Magazin ist Hass und Hetze in Hochglanz." Laut der Springer-Zeitung *Die Welt* würde in Sicherheitskreisen von der "erfolgskritischsten Maßnahme des Jahres" gesprochen. Das Magazin gelte "als wichtigstes Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene".

Die enge zeitliche Taktung der Razzia und der damit verbundenen Medienpräsenz samt Verbreitung interner Informationen erinnert stark an konzertierte Abläufe einer Razzia gegen die "Reichsbürgerszene" im Dezember 2022. So schreibt die Zeitung *Die Welt* passend zu der staatlichen Aktion gegen Elsässer und sein Umfeld:

"Zuletzt hatten Mitarbeiter des Blattes zum 'Sturz des Regimes' aufgerufen."

Das Magazin *Der Spiegel* zitiert aus dem aktuellen Jahresbericht des Landesamtes Brandenburg des Verfassungsschutzes:

"Aufgrund der verhältnismäßig großen Reichweite 'Compacts' besteht die Gefahr, dass das Magazin zu gesellschaftlichen Verwerfungen und zur politischen Destabilisierung in Deutschland beitragen kann."

Bereits zu Jahresbeginn wurde das Verbot verhängt, die *Compact*-Hefte an Bahnhofshändler zu veräußern. Nun erfolgen weitere Verbote gegen die Verbreitung und Berichterstattung von *Compact* auf Facebook, X, Telegram und in anderen sozialen Netzwerken wie etwa YouTube, wo der

entsprechende Kanal zuletzt rund 350.000 Abonnenten zählte.

Die *Welt*-Redakteure schildern heute minutiös die offenbar redaktionell begleitete Razzia der Behörden in Falkensee bei Berlin. So heißt es getreu dem reißerischen Boulevard-Niveau:

"Dienstagmorgen, 6 Uhr; Falkensee vor den Toren Berlins. Eine beschauliche Eigenheimsiedlung am Rande der brandenburgischen 45.000-Einwohner-Stadt, Deutschlandfahnen hängen in Vorgärten und an Autospiegeln. Plötzlich rücken 25 teils verummte Polizisten an. Sie klopfen an der Tür eines Bungalows. Neben dem Eingang stapelt sich Feuerholz. Jemand öffnet. Die Durchsuchung beginnt."

Laut Information aus Ermittlerkreisen erhofft sich das Bundesministerium unter Nancy Faeser durch die bundesweiten Razzien "Materialien zur Absicherung des Vereinsverbotes zu finden, etwa Propagandamaterial, mit dem sich der Vorwurf erhärten lässt, dass *Compact* gegen die Verfassung agitiert", berichtet die Zeitung.

Der Chefredakteur Jürgen Elsässer warf bereits zu Jahresbeginn der Bundesregierung und insbesondere dem Innenministerium unter Faeser laut einem *Spiegel*-Zitat vor, "einen 'Krieg' gegen sein Magazin zu führen, obwohl man sich strafrechtlich nie etwas habe zuschulden kommen lassen: 'Jetzt soll alles platt gemacht werden, was nicht in den Kram passt'", stellte Elsässer fest.

Das Bundesamt des Verfassungsschutzes erkennt in dem *Compact*-Chefredakteur den "zentralen Vernetzungsakteur zwischen der Neuen Rechten und dem rechtsextremistischen Parteienspektrum". Laut *Welt*-Information sei "das Vereinsvermögen beschlagnahmt" worden.

* * *

Compact-Verbot schlägt Wellen bis nach Russland – Sacharowa: Grund war mein Interview

<https://dert.site/russland/212554-compact-verbot-schlaegt-wellen-bis-nach-russland-sacharowa-grund-war-mein-interview/>

16.07.2024

Die Verbotsverfügung gegen die Compact GmbH, die das gleichnamige Magazin herausgibt und Videokanäle betreibt, dürfte international noch einige Aufmerksamkeit erregen. Mit als Erste meldete sich nun die Sprecherin des russischen Außenministeriums zu Wort.

Das Verbot des Magazins *Compact* wird in Russland aufmerksam wahrgenommen. Die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa äußerte sich dazu gegenüber *TASS*:

[Video]

"Am Samstag wurde mein Interview vom deutschen Magazin Compact veröffentlicht. Das Interview erfolgte auf Anfrage deutscher Journalisten. Ich habe einem direkten und offenen Gespräch zugestimmt. Das Gespräch verlief gut."

Offenkundig sah das deutsche Innenministerium am Montag das Interview. Und am Dienstag wurde das Verlagsbüro durchsucht und das Magazin verboten. Ich denke, der Grund dafür ist, dass die Wahrheit ausgesprochen wurde, die vor den Deutschen sorgfältig verborgen wird (Zitate aus dem Interview):

'Die Bundesrepublik erhält nur deshalb kein russisches Gas, weil die USA es Deutschland verboten

haben.'

'Russland und die UdSSR haben nie von sich aus Gaslieferungen an Europa und die EU gestoppt.'

'Technisch ist es eine Frage von Wochen, die Gaslieferungen durch die verbliebene Röhre der Nord-Stream-Pipeline wieder aufzunehmen.'"

Das Interview war nach Aussage von Jürgen Elsässer, dem Herausgeber von *Compact*, das erste, das deutsche Journalisten seit Beginn der militärischen Sonderoperation führen konnten. In dem Interview fanden sich auch weitere Aussagen; beispielsweise führte Sacharowa aus, dass die Aussage, Nawalny sei mit Nowitschok vergiftet worden, die von der deutschen Regierung ins Spiel gebracht worden war, nur möglich sei, wenn Deutschland Nachweismöglichkeiten für chemische Kampfstoffe besäße. Das aber setze Arbeiten an chemischen Kampfstoffen voraus, die Deutschland nach dem 2+4-Vertrag verboten seien.

Nachdem mit dem Verbot des Verlags auch die Verbreitung seiner Inhalte auf sämtlichen digitalen Plattformen untersagt wurde, ist dieses Interview nur noch schwer auffindbar.

Sacharowa gab auch zu erkennen, was sie von einem derartigen Vorgehen gegen eine Publikation hält:

"Die heutige deutsche Zensur ist mit den Zeiten des Nazi-Propagandaministers Goebbels vergleichbar."

* * *

"Opération Trampoline"– Elfenbeinküste benennt Terrorübung zu Ehren von Baerbock

<https://dert.site/afrika/212628-operation-trampoline-sondername-fuer-terroruebung/>

17.07.2024

Annalena Baerbock befindet sich mal wieder im Ausland, diesmal als Kontrolleurin der finanzierten Terrorbekämpfung in der Sahel-Zone. Bei der Vorführung der Ergebnisse der deutschen Ausbildungsmission vor Ort ehrte die "Akademie zur Terrorismusbekämpfung" die Außenministerin durch eine spezielle Namensgebung der präsentierten Übung.

Außenministerin Annalena Baerbock befindet sich seit Wochenbeginn auf einer Rundreise im afrikanischen Raum. So reiste sie zuerst in den Senegal und am Dienstag an die Elfenbeinküste. Dort besuchte sie als Bestandteil des vorgesehenen Programms eine Vorführung eines Anti-Terroreinsatzes im Rahmen einer Übung bei der "Akademie Terrorismusbekämpfung". Ein ZDF-Beitrag präsentiert den Zuschauern die besondere Ehrung für die deutsche Außenministerin. Die Übung wurde "Opération Trampoline" benannt. Der "Codename ist eine Anspielung auf den Sport, den Annalena Baerbock früher betrieben hat", so die *Süddeutsche Zeitung*.

Im Dezember des Vorjahres informierte die Bundesregierung auf der Webseite über steuerfinanzierte Gründe logistischer Hilfestellungen im fernen Afrika. So heißt es:

"Westafrikanische Staaten beim Kampf gegen Terrorismus unterstützen – Das Bundeskabinett hat am Mittwoch eine Ausbildungsmission von Polizeikräften im Rahmen einer EU-Mission in westafrikanischen Staaten beschlossen. Die Sicherheitskräfte in Benin, Togo, Ghana und der Elfenbeinküste sollen im Kampf gegen den Terrorismus unterstützt werden."

Eingesetzt wurden die deutschen Beamten demnach unter anderem in einer "Akademie Terrorismusbekämpfung" (Académie internationale de lutte contre le terrorisme, AILCT). Am 16. Juli heißt es beim *Deutschlandfunk*, dass die Außenministerin bei ihrer Kontrollvisite "die herrschenden Militärs in mehreren Sahelstaaten zu einem besseren Schutz der Zivilbevölkerung auferufen" hätte. Um die deutsche Politikerin etwas zu beruhigen, umfasste das Tagesprogramm unter anderem einen Besuch in einem Trainingslager für kommende Terrorismusbekämpfer. Das ZDF präsentierte am Abend folgende Anekdote von der Terrorübung:

"Ein Knall, ein Schrei, ein paar Schüsse und das Dorf ist befreit (...) 'Opération Trampoline' haben die Ausbilder die Übung genannt, zu Ehren des Gastes aus Deutschland, der höflich beeindruckt ist."

Ein mitreisender Autor der *Süddeutschen Zeitung* erklärt den Lesern detaillierter:

"Zwei Explosionen hallen durch das Dorf; die Terroristen versuchen, sich in die Luft zu sprengen. Sie werden getötet, ihre Bombenwerkstatt ausgehoben. Opération Trampoline: erfolgreich abgeschlossen. Der Codename ist eine Anspielung auf den Sport, den Annalena Baerbock früher betrieben hat. Die Bundesaußenministerin verfolgt die Übung von einem Beobachtungsstand aus zwei übereinandergestapelten Schiffscontainern."

Das Ausbildungszentrum befindet sich demnach in Jacqueville, "35 Kilometer außerhalb von Abidjan, Regierungssitz und mit etwa sechs Millionen Einwohnern die größte Stadt der Elfenbeinküste".

Das Social-Media-Team des Auswärtigen Amts befand die Ehrung bis dato für nicht erwähnenswert. Ein weiteres Video von der "Simulation" zu Ehren der Außenministerin, präsentiert von dem ZDF-Mitarbeiter Andreas Kynast:

[Screenshot]

Baerbock berichtete erst jüngst erneut von ihrer zurückliegenden Begeisterung für den Trampolin-Sport, als mögliche wirksame Vorbereitung ihres gegenwärtigen Berufes. Bei einem Interview unter Bürgerbeteiligung erklärte sie:

"Aber vor allem war ich ja da – in ihrer Heimat – beim Trampolinverein (...) Ich glaub' halt Sport, nicht nur mit Blick auf ländliche Räume, Frage von Demokratiebildung, sondern Sport lehrt einen so vieles, auch das Amt der Außenministerin (...) Da geht es hoch und runter, das hat mich sehr gut darauf vorbereitet, dass es nicht nur im Leben, sondern auch im politischen Leben mal abgehen kann."

Sie wäre daher im Besitz der "Sportlermentalität", "ich hatte da mal einen Trümmerbruch", daher sei man auch "mal gefrustet und dann ist aber die Frage beim nächsten Mal, noch härter trainieren und noch mehr Leidenschaft zeigen, anstatt aufzugeben und den Kopf in den Sand zu stecken", so die Grünen Politikerin zu Gast in Hannover bei der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)* am 26. Juni. In ihrem Beruf sei es in Wahlkampfzeiten oder in der praktizierten Außenpolitik alles "eine Frage der Abwägung".

Nach dem Treffen mit Präsident Ouattara in Abidjan, dem Regierungssitz der Elfenbeinküste, teilte Baerbock den Journalisten mit: "Der Weg müsse auf Frieden gebaut sein statt auf Militär und Gewalt". Zudem forderte die Außenministerin laut der *ARD-Tagesschau*, dass "alles" dafür getan werden müsse, "dass nicht weitere Demokratien in der Region destabilisiert werden".

* * *

Reaktion auf US-Waffen in Deutschland: Moskau erwägt Stationierung weiterer Raketen in Kaliningrad

<https://dert.site/europa/212806-reaktion-auf-us-waffen-in/>

18.07.2024

Die USA wollen neue Langstreckenwaffen in Deutschland stationieren. Nun erklärte der stellvertretende russische Außenminister, dass Russland die Stationierung neuer Raketensysteme in Kaliningrad als Reaktion darauf nicht ausschließe.

Russland schließe die Stationierung neuer Atomraketen im Gebiet Kaliningrad als Reaktion auf die geplante Stationierung konventioneller Langstreckenwaffen durch die USA in Deutschland nicht aus, so der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow am Donnerstag gegenüber *Interfax*.

Laut der Nachrichtenagentur erklärte Rjabkow, dass die Verteidigung des russischen Kaliningrader Gebiets, das zwischen den NATO-Mitgliedern Polen und Litauen liegt, einen besonderen Schwerpunkt darstelle.

"Ich schließe keine Optionen aus", so Rjabkow der Agentur zufolge gegenüber Reportern in Moskau auf die Frage nach einem Kommentar zu den US-Militärplänen. Russland hat in der Ostsee-Exklave Kaliningrad bereits Iskander-Raketen stationiert.

Die Vereinigten Staaten erklärten letzte Woche, dass sie ab 2026 mit der Stationierung von Waffen wie SM-6, Tomahawk und neuen Hyperschallraketen in Deutschland beginnen werden, um nach eigenen Angaben "ihr Engagement für die NATO und die europäische Verteidigung" zu demonstrieren.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte im vergangenen Monat mitgeteilt, dass Moskau die Produktion von landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen wieder aufnehmen und entscheiden werde, wo sie im Bedarfsfall stationiert werden sollen. Die meisten russischen Raketensysteme können entweder mit konventionellen oder nuklearen Sprengköpfen bestückt werden.

Interfax zitierte Rjabkow mit den Worten, Russland werde aus einer möglichst breiten Palette von Optionen wählen, um die effektivste Antwort auf den US-Schritt zu finden, auch im Hinblick auf die Kosten.

Zudem erklärte er, dass Kaliningrad, der westlichste Teil Russlands, der vom Rest seiner Landmasse abgeschnitten ist, "seit langem die ungesunde Aufmerksamkeit unserer Gegner auf sich gezogen hat".

* * *

Analyse

Selenskij und die NATO setzen auf einen Schlag ins Innere Russlands

<https://dert.site/international/212133-selenskij-und-nato-setzen-auf-einen-schlag-ins-innere-russlands/>

12.07.2024

Dank Viktor Orbán wurde der Gesamtplan bekannt, auf dessen Grundlage Wladimir Selenskij erwartet, Russland zu besiegen. Die NATO ist bereit, die Umsetzung dieses Plans zu gewährleisten, da er weder die Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine noch einen kritischen Anstieg der Kosten impliziert. Worum geht es darin?

Von Dmitri Bawyrin

Die Ergebnisse des NATO-Jubiläumsgipfels sind der Goldstandard für die Ukraine. Zwar wurde sie nicht in die NATO aufgenommen (Wladimir Selenskij selbst glaubt nicht, dass dies geschehen wird), doch wurde ihr erneut eine Vollmitgliedschaft irgendwann in der Zukunft garantiert, wenn alle für Kiew gestellten Bedingungen erfüllt sind und alle Bündnismitglieder dem zustimmen.

Die Grundvoraussetzung bleibt dieselbe – ein militärischer Sieg über Russland. Das steht zwar nicht in der gemeinsamen Erklärung der Gipfelteilnehmer (im Gegenteil, dort heißt es heuchlerisch, dass das Bündnis "keine Konfrontation sucht und keine Bedrohung für Russland darstellt"); es wurde aber schon mehrfach von führenden NATO-Funktionären erklärt.

Dies erschwert Selenskij's Beziehungen zu seinen Sponsoren erheblich, da sein Plan von der entgegengesetzten Handlungsabfolge ausging – beginnend mit einem NATO-Beitritt, um den militärischen Konflikt mit Russland zu gewinnen.

Für Russland selbst ist das Gipfelergebnis die absolute Fokussierung des Bündnisses auf die Fortsetzung der militärischen Konfrontation und die Verwirklichung seiner Ziele. Das Kommuniqué bekräftigt die Absicht einer weiteren Expansion in der Schwarzmeerregion und auf dem Balkan, obwohl dieser Prozess die eigentliche Ursache des Konflikts war und zu einem Dritten Weltkrieg zu führen droht.

Sie haben es nicht verstanden. Sie haben die Argumente nicht gehört. Sie haben ihre Meinung nicht geändert. Sie wollen nicht zurückweichen.

Gleichzeitig fördert das Bündnis weiterhin das Konzept einer "Isolierung Russlands", die zwar offensichtlich nicht realisierbar ist, aber dennoch angestrebt wird. Die NATO appelliert an die ganze Welt, die Zusammenarbeit mit Russland zu verweigern und konzentriert sich dabei auf die Kritik an vier Ländern: Weißrussland, Iran, China und Nordkorea.

Peking gab bereits eine höfliche, aber entschlossene Antwort an die NATO; aber hier geht es nicht darum, dass die Drohungen des Bündnisses nicht funktionieren (sie hatten gegenüber dem Globalen Süden bisher keine Wirkung, vielmehr wurde das Gegenteil erreicht), sondern darum, dass die NATO es nicht für denkbar hält, ihre Ziele aufzugeben.

Das Bündnis ist noch nicht bereit für eine scharfe Eskalation, will aber zumindest im gleichen Sinne weitermachen.

Die Rolle des Hauptinstruments zur Abschreckung "Russlands als Hauptbedrohung" wird natürlich der Ukraine zugewiesen. Kiew wurde von der NATO für 2025 eine Militärhilfe in Höhe von 40 Milliarden Euro zugesagt, und es wird davon ausgegangen, dass die Hilfe systematisch, das heißt zumindest jährlich erfolgen wird. Wegen der Positionen einiger Länder konnte dieser systematische Ansatz bisher nicht im Kommuniké verankert werden.

In diesen 40 Milliarden sind aber weder die F-16-Kampfflugzeuge, mit deren Übergabe an Kiew aus den Niederlanden und Dänemark bereits begonnen wurde, noch die zusätzliche Ausrüstung für die Luftabwehr enthalten. Was letztere betrifft, so scheint es, als hätte Selenskij sie erbeten, obwohl es sich um die Erfüllung früherer Zusagen handelt.

Wird es zum Erreichen des Hauptziels, Russland zu besiegen, ausreichen? Das Bündnis tut so, als ob es ausreichen würde: entsprechend äußerte sich beispielsweise US-Außenminister Anthony Blinken. Aber fast alle außenstehenden Beobachter und vor allem die Ukraine selbst sagen: Nein, es wird nicht reichen.

Selenskij fordert 100 Kampfflugzeuge mehr, als ihm zur Verfügung gestellt werden, also viermal so viele.

"Wir brauchen mehr Waffen", stimmt ihm der ukrainische Verteidigungsminister Rustam Umerow zu. Und er macht eine Intrige: "Wir haben einen Plan."

Dieser Plan ist merkwürdigerweise bekannt und wurde kurz vor dem Gipfel dank Ungarn und seines Ministerpräsidenten Viktor Orbán hervorgehoben. Budapest hat eine grundlegend andere Sichtweise auf den Konflikt und die Rolle der NATO in ihm, aber Orbán wurde überzeugt oder gezwungen, Initiativen zur Unterstützung Kiews nicht zu blockieren.

Stattdessen begab er sich auf eine "Friedenstour" entlang der Route Kiew-Moskau-Peking-Washington (das Gipfeltreffen fand gerade in Washington statt) und erfuhr bei seinen Treffen mit Selenskij, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping viel Aufschlussreiches. Dafür erntete er seitens der EU Beschimpfungen, und Ungarn wurden ernsthafte Konsequenzen angedroht; aber Orbán beschloss geschickterweise, die breite Öffentlichkeit in die Diskussion einzubeziehen: Er sandte einen Brief an die EU-Institutionen und -Mitgliedsstaaten mit einem Bericht über seine Mission, der sofort in der Presse bekannt wurde.

Orbán lädt somit jeden Einzelnen dazu ein, selbst zu vergleichen und eigene Schlüsse zu ziehen, wessen Handeln rationaler und friedensstiftender ist – das des ungarischen Ministerpräsidenten oder das seiner Kritiker.

Uns interessiert nun vor allem der Plan Selenskijs, mit dessen Hilfe er Russland zerschlagen will. Und diesen Plan erhielt Orbán in Kiew, denn die Forderung nach einem "militärischen Sieg mit Waffengewalt" funktioniert bei ihm nicht.

Sowohl der ungarische Ministerpräsident als auch der Mann, der sich selbst als Präsident der Ukraine bezeichnet, sind sich dessen bewusst und bestätigten dies: Die Unterstützung, die die NATO den ukrainischen Streitkräften gewähren kann, reicht nicht aus, um einen militärischen Durchbruch zu erzielen. Sie mag helfen, die russische Offensive einzudämmen, aber sie kann den Konflikt nicht umkehren. Und was dann?

"Der ukrainische Präsident ist zuversichtlich, dass die russischen Streitkräfte Mitte nächsten Jahres zu einer Generalmobilmachung gezwungen sein werden, was zu einer inneren Destabilisierung

führen wird. Er glaubt, dass die ukrainischen Streitkräfte stabil und gut ausgebildet sind und ihre Kampfkraft auch langfristig aufrechterhalten können, wenn der Westen weiterhin Waffen liefert. Er glaubt, dass die Zeit auf der Seite der Ukraine und nicht auf der Seite Russlands steht", heißt es in Orbáns Brief.

Das heißt, Selenskij glaubt, dass die westlichen Waffen ausreichen werden, um die russischen Streitkräfte zu erschöpfen und erheblich zu reduzieren, was eine erneute Mobilisierung provozieren soll, die in Russland wiederum zu Aufruhr und einem Staatsstreich wie im Jahr 1917 führen wird.

Dieser Plan ist im Grunde genommen nichts Neues. Selbst die Idee westlicher Sanktionen war Teil des Plans. Kiew hoffte bereits im Frühjahr 2022 und im Herbst desselben Jahres, als die Mobilisierung begann, auf Unruhen und einen internen Putsch [in Russland]. Ebenso während Prigoschins "Marsch nach Moskau". Man hofft immer noch auf etwas, denn auf irgendetwas muss man hoffen.

In der Realität stellt der Männermangel kein hypothetisches Problem in Russland dar, wo – wie Wladimir Putin feststellte – "die Menschen selbst kommen, um ihre Heimat zu verteidigen". Allerdings ist er ein äußerst akutes Problem in der Ukraine, was durch die starke Zunahme der Zahl der Wehrdienstverweigerer (der "Uchiljanten", wie man dort sagt) im Westen des Landes, vor allem in Galizien, der Heimat des militanten, gegen Russland gerichteten Nationalismus, deutlich wird. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die russischsprachigen Regionen, in denen es dutzendfach weniger "Uchiljanten" gibt, von den ukrainischen Behörden als potenziell illoyal entvölkert wurden.

Sie hofften, dass dies ausreichen würde. Jetzt ist diese Hoffnung gestorben: sie "harken" alle aus, da die Front jeden braucht, und Menschen sind eine Ressource, mit der die NATO Kiew nicht helfen wird.

Auch deshalb war der russische Staatschef von der Behauptung, dass die Zeit für die Ukraine arbeite, sehr verwundert. Nach seiner eigenen Einschätzung, die auch in Orbáns Brief hervorgehoben wird, arbeitet die Zeit für Russland, und die monatlichen Verluste der ukrainischen Streitkräfte belaufen sich auf 40.000 bis 50.000 Soldaten – Tendenz steigend.

Der ungarische Ministerpräsident betonte in seiner Depesche die fundamental unterschiedlichen Interpretationen der Lage an der Front, ohne sich einer von beiden anzuschließen. Dies machte auch der ungarische Außenminister Péter Szijjártó deutlich, der der Ukraine den Untergang voraussagte, wenn der Konflikt nicht beendet wird.

Die offensichtliche Unrealisierbarkeit dieses Plans ist jedoch weder für die NATO noch für Selenskij ein Hindernis, an ihm festzuhalten (wie die letzten zwei Jahre beweisen). Sie werden es versuchen, wobei der Hauptschlag ins Innere Russlands gerichtet sein wird, um Instabilität und Unruhe zu schaffen, die durch Verluste an der Front hervorgerufen werden sollen.

Aber wie es in einer Anekdote aus Odessa heißt: "Macht euch keine Hoffnungen."

* * *

Der Westen bereitet sich auf die Verlagerung des Konflikts mit Russland auf das Meer vor

<https://dert.site/international/212261-westen-bereitet-sich-auf-verlagerung/>

13.07.2024

Die Eskortierung russischer Öltanker durch Kriegsschiffe erhöht den Einsatz im Konflikt mit dem Westen. Schließlich könnte ein Angriff durch ein Kriegsschiff als Kriegserklärung gewertet werden. Dabei würde Moskau, wenn es Maßnahmen zum Schutz seiner Handelsschiffe ergreifen müsste, zweifelsohne als "Aggressor" dargestellt werden.

Von Gleb Prostakow

Die Dynamik des Ölmarktes, die in die Endphase gehenden US-Wahlen und der Verlauf der militärischen Sonderoperation bilden die grundlegenden Parameter des rasanten Tempospiels, das um Russland gespielt wird. Die aktuellen Ölpreise, die sich auf einem Zweimonatshoch befinden, sind für Russland im Moment sehr hilfreich. Trotz der hohen Inflationsrate, die die Zentralbank zu einer straffen Geldpolitik zwingt, wird der Haushalt mit Petrodollars gefüllt und der Rubel bleibt relativ stabil.

Diese Gelassenheit in der russischen Wirtschaft gefällt den US-Amerikanern nicht sonderlich. Die von den G7-Staaten festgelegte Preisobergrenze von 60 US-Dollar pro Barrel russischen Öls wurde längst durchbrochen. Die aktuellen Notierungen der Sorte Brent liegen derzeit bei 88 US-Dollar, während der Abschlag der russischen Sorte zu diesen Werten auf nur noch 10 bis 13 Prozent gesunken ist. Allerdings werden neue Sanktionen gegen den russischen Ölsektor entgegen allen Absichten der USA durch einen wichtigen Umstand erschwert: Sämtliche Beschränkungen dürften sich nicht auf die tatsächliche Ausfuhr von russischem Öl auswirken – nur auf dessen Preis.

Tatsache ist, dass ein Exportstopp die Ölpreise weiter in die Höhe treiben wird, auch auf dem US-Inlandsmarkt. Das will die Biden-Regierung natürlich nicht zulassen. Die US-Amerikaner verfügen über keine zusätzlichen Ölmengen, um die sinkenden Mengen auszugleichen. Daher hat Washington zum Beispiel die Kiewer Behörden dringend gebeten, von Angriffen auf russische Raffinerien abzusehen. Die Angst, gegen sich selbst zu spielen, bindet den US-Amerikanern in vielerlei Hinsicht die Hände. Andererseits führt die Einsicht, dass eine militärische Niederlage Russlands immer unwahrscheinlicher wird, dazu, dass immer mehr Wert auf die Fortsetzung der wirtschaftlichen Strangulation und neue Formen der Eskalation gegen das Land gelegt wird.

Unter diesen Umständen bleiben den US-Amerikanern nur wenige Optionen. Eines der wahrscheinlichsten Eskalationsszenarien ist die Verlagerung der Konfrontation vom Land auf die See. Derzeit entfallen rund 40 Prozent der Ölexporte Russlands auf den Seeweg über die baltischen Häfen des Landes. Der hohe Anteil der russischen Westhäfen am Ölexport des Landes ist unter anderem auf die erheblichen Risiken des Öltransports über Noworossijsk zurückzuführen, das in der Nähe der militärischen Konfliktzone liegt und regelmäßig angegriffen wird.

Ein Teil des Öls geht über die Ostsee und den Atlantik in die EU und nach Indien. Ein anderer Teil, der nordwärts fließt, wird über den Nördlichen Seeweg nach China transportiert. Die Richtung der Ölströme in das Gebiet Leningrad wird auch von der Geografie diktiert – nämlich von der Lage der Ölfelder und der vorhandenen Infrastruktur für ihre Lieferung und Verarbeitung in den Häfen. Auf die eine oder andere Weise könnten neue Sanktionen einen erheblichen Teil der russischen Ölexporte und damit auch der Haushaltseinnahmen beeinträchtigen.

Ende Juni und Anfang Juli wurde die seit Mitte letzten Jahres diskutierte Idee, die Bewegung der

russischen Tankerflotte durch die dänischen Meerengen zu beschränken, wieder aufgegriffen. Der dänische Außenminister Lars Løkke Rasmussen sagte, dass die Frage zusammen mit anderen Ländern untersucht werde. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um Schweden, Deutschland, Norwegen und Finnland, die wie Dänemark über Hoheitsgewässer in der Ostsee verfügen. Eine Schlüsselrolle kommt Kopenhagen zu, das die drei wichtigsten Meerengen am Ausgang der Ostsee – den Kleinen Belt, den Großen Belt und den Öresund – sowie die beiden Meerengen am Eingang zur Nordsee – das Kattegat und das Skagerrak – kontrolliert, die den "Flaschenhals" für den gesamten Seeverkehr in der Region darstellen.

Ein Verbot der Durchfahrt durch die Meerenge könnte Tanker betreffen, die Öl transportieren und deren Lieferverträge die Preisobergrenze nicht einhalten. Im Grunde genommen müsste Dänemark die Rolle der jemenitischen Huthi übernehmen, nur dass sie in nördlichen Gewässern als Piraten auftreten würden. Diese Idee birgt zwei Hauptprobleme. Das erste ist die internationale Legitimierung einer solchen Lösung. Es ist klar, dass das Seerecht nicht zulässt, die Durchfahrt von Handelsschiffen zu verhindern: Weder das Übereinkommen von Montreux noch das ältere Übereinkommen von Kopenhagen, das die Erhebung von Zöllen auf Schiffe, die die dänischen Meerengen passieren, abschaffte, sehen dies vor. Aber wie im Fall der eingefrorenen russischen Vermögenswerte kann das Recht des Gesetzes durch das Recht der Gewalt ersetzt werden.

Daraus ergibt sich das zweite Problem: die Fähigkeit, die von den westlichen Ländern getroffenen Entscheidungen physisch durchzusetzen. Vor einem Jahr machte die Eskalationsspirale unmöglich, zu so drastischen Maßnahmen wie der physischen Beschränkung des internationalen Schiffsverkehrs für Russland allein zu greifen. Doch damals hoffte der kollektive Westen noch auf ein erfolgreiches Vorgehen der ukrainischen Streitkräfte an der Front, Schweden war noch nicht der NATO beigetreten und die Aussichten auf Joe Bidens Wiederwahl waren nicht so düster wie heute.

Die beschleunigte Modernisierung der russischen Marine, insbesondere die Ausrüstung fortschrittlicher Schiffe mit Zirkon-Raketensystemen, könnte auch den Westen zu einer Eskalation auf See drängen. Nach der Logik Washingtons und Brüssels gilt: Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir niemals mehr eine solche Gelegenheit bekommen.

Die Blockade russischer Tanker würde natürlich eine russische Reaktion hervorrufen. Die Eskorte von Öltankern durch Kriegsschiffe wird den Einsatz in diesem Spiel maximal erhöhen. Schließlich kann ein Angriff durch ein Kriegsschiff gemäß den Regeln des Krieges als eine Kriegserklärung betrachtet werden. Und zweifellos wird Russland, wenn es gezwungen würde, Maßnahmen zum Schutz seiner Handelsschiffe zu ergreifen, als der "Aggressor" dargestellt werden.

Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios ist umso größer, je düsterer die Aussichten der Demokraten in den Vereinigten Staaten werden. Ein Krieg mit Russland – nicht an Land, sondern auf See, wo sich die USA, das Vereinigte Königreich und andere Seemächte viel sicherer fühlen als bei Konflikten an Land – könnte von den Demokraten ernsthaft als Gelegenheit in Betracht gezogen werden, Wahlen als solche zu vermeiden, indem sie sie unter dem Vorwand des Kriegsrechts absagen. Schließlich hat Wladimir Selenskij dies in der Ukraine getan, warum also sollte Biden nicht dem Vorbild seines Schützlings folgen?

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 13. Juli 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Die Deutschen bereiten das zweite "Unternehmen Barbarossa" vor

<https://dert.site/europa/212340-deutschen-bereiten-zweites-unternehmen-barbarossa-vor/>

14.07.2024

Medien und Behörden bereiten die deutsche Bevölkerung auf einen Krieg mit Russland vor. Berlin hat bereits mehrere Pläne ausgearbeitet, wie es gegen die Russen in den Krieg ziehen wird. Dabei interessiert es niemanden, dass die Bevölkerung daran kein Interesse hat.

Von Wiktorija Nikiforowa

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Briten etwas wussten, als sie den Brexit einleiteten und das Schiff der Europäischen Union flüchtend verließen. Denn heute werden die Europäer unerbittlich vom US-amerikanischen Stiefel in Richtung Krieg mit Russland getreten, mit sehr vorhersehbaren Ergebnissen für ebendiese Europäer.

Die Deutschen trachten am schnellsten nach der Ostfront – ihre Disziplin ist unübertroffen und ihre Hände sind, wie man so schön sagt, geübt. Seit Anfang des Jahres hat Deutschland einen Plan nach dem anderen für einen umfassenden Krieg mit Russland vorgelegt.

Einer davon sieht vor, dass die Deutschen in einem Jahr in vollem Umfang in die Kampfhandlungen eintreten. Die NATO geht nämlich davon aus, dass die Ukraine im Sommer 2025 zum Gegenangriff übergehen und einen weiteren Angriff starten wird. Genau diesem Ereignis wollen sich die demokratischen und politisch korrekten Erben Hitlers anschließen.

Gemäß dem NATO-Szenario werden die Truppen der Allianz am Tag X – vermutlich im Mai 2025 – in die Suwałki-Lücke (ein Gebiet an der Grenze zwischen Polen und Litauen nahe Kaliningrad) vorstoßen und versuchen, das russische Gebiet Kaliningrad zu blockieren und Russlands Bündnispartner Weißrussland zu bedrohen. An der Operation sollen 200.000 NATO-Soldaten beteiligt werden, davon 30.000 Deutsche.

Doch damit endet das strategische Denken der ehemaligen Partner unseres Landes noch nicht. Neulich hat Deutschland einen weiteren offiziellen Plan für einen Krieg mit Russland veröffentlicht. Das Datum hat sich zwar nach rechts verschoben – jetzt wollen uns die Deutschen im Jahr 2029 angreifen – dabei aber in viel größerem Umfang und mit viel größerer Planung!

Im Jahr 2029 will Deutschland mit 800.000 Wehrmachtssoldaten – Entschuldigung, ich wollte "Bundeswehr" sagen – und 200.000 Schützenpanzern, Panzern und Fahrzeugen in Russland einmarschieren. Die deutschen Bürgerinnen und Bürger erwartet eine Wehrpflicht und Mobilisierung sowie Lebensmittelkarten und eine Aufstockung der Krankenhausbetten. Sie werden schon im Voraus gewarnt, dass die Regierung nicht in der Lage sein wird, sich um alle zu kümmern, sodass sie sich selbst geeignete Unterkünfte suchen müssen (Keller und U-Bahnstationen werden dazu genutzt), sich mit Medikamenten, Lebensmitteln und Trinkwasser eindecken und den Anweisungen folgen müssen, die sie über Radio und Fernsehen erhalten.

Kolleginnen und Kollegen von der *Bild*-Zeitung, seien Sie ehrlich und raten Sie Ihren Lesern, sich in Laken zu wickeln und zum Friedhof zu kriechen. Denn das ist genau das Ergebnis, auf das Olaf Scholz und Boris Pistorius Deutschland vorbereiten.

Die Arroganz, mit der diese Pläne verkündet werden, soll den deutschen Bürgern vermitteln, dass ein Krieg gegen Russland eine Kleinigkeit ist. Es wird schon nichts passieren – schaut euch doch an, wie feinfühlig die Russen die militärische Sonderoperation in der Ukraine durchführen.

Allerdings ist hier der Unterschied, dass in der Ukraine Russen wie wir leben – sie sind zwar hirngewaschen und propagandistisch manipuliert, aber sie gehören zu uns. Die Deutschen wiederum gehören keineswegs zu uns. Sie sollten sich Fotos von Berlin im Jahr 1945 ansehen, um ihr Gedächtnis aufzufrischen.

Die Russen sind im Allgemeinen daran gewöhnt zu glauben, dass Gutes mit Gutem vergolten wird. Russische Soldaten haben sich 1945 nicht an den Deutschen für die abscheulichen Gräueltaten gerächt, die sie in unserem Land begangen hatten. Der "Tyrann" Josef Stalin ließ zu, dass die Deutschen ihre Staatlichkeit behielten, obwohl die Briten und US-Amerikaner im Begriff waren, sie einfach zu beseitigen. Michail Gorbatschow ließ sogar zu, dass sich die DDR und die BRD, wie man sagt, "ohne Gegenleistung" vereinigen durften – in der Hoffnung auf gute Beziehungen und Weltfrieden.

Die Deutschen mussten nur eines tun: ihre nationalen Interessen wahren und sich um ihre eigene Bevölkerung kümmern und gleichzeitig verhindern, dass Washington sie in einen Krieg mit Russland hineinzieht. Heute ist es offensichtlich, dass sie bei dieser Aufgabe versagt haben. Nun, Russland wird die Fehler der Vergangenheit korrigieren müssen.

Kommen wir nun zu den Realitäten der Rubrik "Zahlen und Fakten". Die Zahl der russischen Streitkräfte beträgt heute etwa eineinhalb Millionen Menschen. Die Zahl der Soldaten der Bundeswehr beträgt etwa 180.000. Wie Sie sehen, ist der Unterschied deutlich erkennbar.

In Deutschland gibt es auch etwa 900.000 Reservisten, die in der Armee gedient haben, doch aus irgendeinem Grund haben sie es nicht eilig, sich freiwillig zum Dienst zu melden, was im Falle einer Mobilisierung ein echtes Problem darstellen würde. Angesichts der Abwanderungsrate der einheimischen Bevölkerung – eine Viertelmillion pro Jahr – wissen die deutschen Männer wohl sehr genau, worauf sie da vorbereitet werden, und fliehen einfach in alle Richtungen.

Trotz aller Forderungen von Pistorius gibt es in der Bundesrepublik Deutschland noch keine Wehrpflicht, und nach Umfragen zu urteilen, stehen junge Menschen der Idee, sie wieder einzuführen, äußerst negativ gegenüber.

Im März wurde in dem Land eine Umfrage durchgeführt: *"Sind Sie bereit, Ihr Land mit Waffen in der Hand gegen einen Angriff zu verteidigen?"* Nur 32 Prozent waren dazu bereit.

Drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland glauben, dass die Armee sie nicht vor einem Feind schützen kann. Das gab auch Pistorius zu – die deutsche Armee, sei laut dem Verteidigungsminister selbst, ineffektiv.

Die Qualität und Quantität der örtlichen Raketenabwehr lässt sich gut an der Tatsache ablesen, dass ganz Berlin bis 2023 von zwei Luftabwehrsystemen abgedeckt war. Dann wurden sie an die Ukraine übergeben und nun ist Berlin vollkommen ohne Raketenabwehr.

Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass Russland über das größte und modernste Atomwaffenarsenal der Welt verfügt, während Deutschland als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs der Besitz von Atomwaffen verboten wurde. Auch die hohe Dichte der Wohnbebauung kommt den deutschen Bürgern keineswegs zugute.

Dennoch pumpen Propagandisten revanchistische Stimmung in die deutsche Bevölkerung, und die These "der Russe kommt" wird mit wahnsinniger Wucht in die Köpfe der Deutschen gehämmert. In letzter Zeit suchen die deutschen Medien in jedem Problemfall nach einer russischen Spur. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die Geschichte um das angeblich geplante Attentat auf den betagten

Rheinmetall-Chef Armin Papperger so gehypt wurde.

Die Deutschen werden nicht zögern, eine Provokation zu organisieren, um ihre Aggression zu rechtfertigen. Sie werden jemanden zu Schaden kommen lassen, selbst diesen Selenskij, und rufen: "Das waren alles die Russen!" Und der verblendete Michel wird gegen Russland in den Krieg ziehen. Erscheint Ihnen das jetzt unglaublich? In der Ukraine wurde die Bevölkerung mit solchen raffinierten Techniken in nur acht Jahren in den Krieg getrieben.

Allerdings wird das zweite Unternehmen Barbarossa für die Deutschen so enden, wie das erste geendet hat: Alle ihre Strategien und Pläne sind ein garantierter Selbstmord. Wollen Scholz und Pistorius wirklich so gerne den österreichischen Künstler im Bunker nachstellen? Oh nein, sie hoffen, noch rechtzeitig zu entkommen. Allen anderen Deutschen kann man den gleichen Rat geben: Rennt, Jungs!

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 14. Juli 2024 zuerst bei RIA Nowosti erschienen.

Wiktorija Nikiforowa ist eine Kolumnistin bei RIA Nowosti.

* * *

Gescheitertes Trump-Attentat: Mordkomplott oder massive Inkompetenz?

<https://dert.site/nordamerika/212434-gescheitertes-trump-attentat-mordkomplott-oder/>
15.07.2024

Nach Meinung von zwei US-Experten mit langjährigen eigenen Erfahrungen im Personenschutz von hohen US-Regierungsvertretern kann nur eines von beidem das Versagen des US-Secret Service beim Schutz von Trump erklären. Der eine Experte ist Erik Prince, ein ehemaliger US Navy SEAL und Gründer von Blackwater, und der andere ein ehemaliger Agent des US-Secret Service in leitender Position.

Von Rainer Rupp

Einen Tag nach dem gescheiterten Attentat auf den vormaligen US-Präsidenten Donald Trump haben nach dem Studium der Videos und der Zeugenberichte aus erster Hand die beiden Kenner der Materie eine erste, detaillierte Bewertung des Debakels für den "US Secret Service" abgegeben. Der ehemalige US Navy SEAL Erik Prince, der spätere Gründer des US-amerikanischen privaten Sicherheits- und Militärunternehmens Blackwater (heute Academi als Unternehmen der Constellis Holding), hat seine detaillierte Bewertung auf X veröffentlicht.

Dort heißt es, Donald J. Trump lebe heute nur noch deshalb, weil der Mordschütze "die Geschwindigkeit des Seitenwindes falsch eingeschätzt hat". Erste Erkenntnisse hätten ergeben, dass der sanfte Wind von 8 Kilometern pro Stunde ausgereicht habe, um das vermutlich leichte Geschoss vom Kaliber 5,6 Millimeter um zwei Zoll (5 Zentimeter) von Trumps Stirn zu seinem rechten Ohr abzulenken. Trump sei also keineswegs durch die Brillanz des Secret Service gerettet worden, weil der sich nämlich skandalös verhalten habe.

Die Tatsache, dass der Secret Service einem bewaffneten Schützen mit einem Gewehr ermöglichte (oder ihn gar nicht bemerkte), sich innerhalb eines Umkreises von 120 Metern zur Bühne einer geplanten Wahlveranstaltung in Schussposition zu begeben, sei entweder Böswilligkeit oder massive Inkompetenz. Offensichtlich habe es genügend unkontrollierte tote Winkel gegeben, die ein Schütze nutzen konnte, um sich anzunähern, um dann mehrere gezielte Schüsse abgeben zu können.

Auch das Verhalten von zwei Scharfschützen zur Sicherung der Veranstaltung (ob von der Polizei oder vom Secret Service ist noch unklar) sei alles andere als kompetent gewesen. In den Videos der Medien sieht man deren Unschlüssigkeit. Einer von ihnen hatte offensichtlich den Attentäter seit einiger Zeit im Visier seines Zielfernrohrs. Als dann der erste Schuss des Attentäters fiel, kann man sehen, wie der Scharfschütze sein Gesicht vom Gewehr wegbewegte, seinen Körper dann wieder in Position bringt erneut sein Auge an das Zielfernrohr bringt, um erst dann den feuernden Attentäter zu töten. Für Price vermutet, dass die beiden Scharfschützen von der Polizei oder dem Secret Service den Attentäter bereits einige Zeit beobachtet hatten, aber offenbar die Erlaubnis zum "ersten Schuss" fehlte. Durch diese zeitliche Verzögerung sei es dem Attentäter gelungen, mindestens fünf Schüsse abzugeben, dabei Trump zu verwunden, einen unbeteiligten Zuschauer zu töten und andere in der Zuschauermenge schwer zu verletzen, bevor er selbst erschossen wurde.

Wörtlich erläutert Erik Prince als Gründer des internationalen Söldnerkonzern Blackwater:

"In meinem früheren Geschäft der Bereitstellung von diplomatischem Schutz in zwei aktiven Kriegsgebieten mussten wir die grundlegenden Erfordernisse erfüllen, oder wir wären gefeuert werden. Offensichtlich scheiterte der Secret Service sogar daran, einen sicheren Perimeter um Trump zu schaffen. Und sobald Schüsse abgefeuert wurden, war die Extraktion Trumps ungeschickt und ließ Trump stark exponiert für weitere Angriffe. Es sah aus, als hätten sie nie zusammen geübt, denn diese Reaktionen sollten automatisch effektiv sein. Wird wohl jemand dafür zur Verantwortung gezogen werden?" Diese Frage stellt Price nur rhetorisch und gibt gleich selbst die Antwort: "Das ist nicht die Art Washingtons."

Auch der ehemalige Agent des Secret Service Tim McCarthy diskutierte in einem Nachrichteninterview am Tag nach dem Debakel die seltsamen Umstände dieses Attentats. Wenn man die Umstände betrachtet, die für das Gelingen des Attentats von Thomas Matthew Crooks sprechen, der als mutmaßlicher Täter identifiziert wurde, dann sei es schwer zu verstehen, wie der Mann überhaupt scheitern konnte. Fast jede Sicherheitsrichtlinie des Secret Service sei scheinbar ignoriert worden, sonst wäre Crooks ein so leichter Zugang zu einer perfekten Schussposition nicht möglich gewesen, und er hätte niemals ausreichend Zeit gehabt, um sein Ziel auf dem Podium anzuvisieren.

Laut Vorschrift soll der Secret Service alle potenziellen "Scharfschützenpositionen" lange vor der Ankunft einer zu schützenden Person sichern – das bedeutet, dass nahegelegene Dächer und Gebäude mit einer Präsenz von Personal und zusätzlich durch ständige Drohnenüberwachung gesichert werden. Das wurde im Fall Crooks offensichtlich nicht getan.

Ein weiterer Fehler war das Fehlen von Sichtbarrieren in der Nähe der Bühne. Der Secret Service soll Barrieren errichten, um die Sichtlinie von potenziellen Schusspositionen zu blockieren. Auch dies wurde nicht getan.

Der Secret Service verwendet traditionell konzentrische "Sicherheitskreise" an, die sich über Hunderte, wenn nicht Tausende von Metern erstrecken, wenn sie einen Ort zum Schutz vorbereiten. Als ein Beispiel bekommt man auf diesem YouTube-Video einen Einblick, wie sorgfältig der Secret Service bei der Vorbereitung eines Bereichs zur Verhinderung von Attentaten vorgeht.

Die Vorstellung aber, dass dann Crooks in der Lage war, so nahe an Trump heranzukommen und eine erhöhte Position neben der Bühne einzunehmen, ist unvorstellbar. Ebenso unvorstellbar ist, dass der Attentäter mit seinem Gewehr, frech und ungehindert zu dem Ort spazieren und bei Tageslicht auf das Dach klettern konnte. Allerdings gibt es Berichte, wonach Augenzeugen gesehen haben wollen, wie da jemand auf das Dach kletterte. Sie behaupten heute, sie hätten versucht, die

Polizei und Agenten des Secret Service zu warnen, jedoch ohne Erfolg. Das Versagen der Sicherheitskräfte in dieser Situation ist so vollständig, dass sogar ehemalige Agenten des Secret Service eine Untersuchung darüber fordern, wie so etwas passieren konnte.

Das Motiv für die Handlungen von Thomas Crooks ist noch nicht bekannt.

Aufseiten der Anhänger der Republikanischen Partei wird natürlich schon die Schuldfrage für das Attentat diskutiert und dabei die inflammatorische Rhetorik aufseiten der "Demokraten" gegen Trump hervorgehoben. Diese hatte sich nach der Entscheidung des Obersten US-Gerichtshofs zur Immunität von Trump zunehmend in Richtung hysterischer Gewaltfantasien gesteigert. Viele Vertreter und Aktivisten der Demokratischen Partei haben offen vorgeschlagen, dass Trump in Reaktion auf das Urteil ermordet werden könnte (oder sollte). Die Demokraten haben fast bekommen, was sie sich lange gewünscht haben.

Das Schüren von Angst durch die Medien über die "unmittelbare Zerstörung der Demokratie" im Falle eines Wahlerfolgs von Trump ist möglicherweise nicht direkt mit dem Mordversuch in Verbindung zu bringen, aber das dürfte bei der Motivation zumindest mitgeholfen haben. Auch nach dem fehlgeschlagenen Attentat hat der Hass gegen Trump in Medien der "Demokraten" und in sogenannten "progressiven" Sozialen Medien nicht nachgelassen. Einerseits wird behauptet, dass die Schüsse von Trump womöglich selbst "inszeniert" waren, während andere das Ergebnis bedauern und Tränen vergießen, weil Crooks sein Ziel verfehlt hat. Und sie wünschen dem nächsten Attentäter mehr Glück.

* * *

Der Westen hat Zeit verloren: China wird Führung nicht einbüßen

<https://dert.site/wirtschaft/212466-westen-hat-zeit-verloren-china/>

16.07.2024

Bereitet die Kommunistische Partei Chinas große Änderungen ihres Wirtschaftskurses vor? Die Erwartungen an das heute beginnende 3. Plenum des ZK sind hoch. Was ist zu erwarten und warum ist das Plenum weltweit Gesprächsthema?

Von Dmitri Kossyrew

Die Magie der Tradition wirkt vor unseren Augen, und das sogar im globalen Maßstab: Das dritte Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wird wohl schicksalhaft werden, in erster Linie aus wirtschaftlicher Sicht. Es ist das dritte Plenum seit dem letzten Parteitag, der im Jahr 2022 stattfand. In den führenden internationalen Medien kann man aktuell zahlreiche Hinweise darauf finden, dass es stets die dritten Plenumsversammlungen des ZK waren, die die Wirtschaft auf Jahre hinaus umgekrempelt haben.

Das nun stattfindende dritte Plenum wurde schon letztes Jahr erwartet, aber immer wieder verschoben. Schließlich wurden die Kommentatoren ungeduldig und begannen, das Datum selbst "festzulegen", wobei sie sich auf ihre eigenen Quellen beriefen. Nun wurde das Datum offiziell bekannt gegeben – das Plenum wird am 15. Juli beginnen. Sofort setzte eine neue Flut von Kommentaren ein.

Was geschieht und warum hat es globale Bedeutung? Darauf gibt es mehrere Antworten, die von verschiedenen Interessengruppen gegeben werden. Die Investoren wollen wissen, wo sie ihr Geld anlegen sollen. Linke Ideologen, vor allem russische, beobachten mit angehaltenem Atem, in welche Richtung sich das Rad drehen wird: nach rechts oder besser nach links – in Richtung eines

chinesischen Sozialismus.

Die meisten aber blicken aus einem anderen Grund nach Peking: Uns erwarten möglicherweise Entscheidungen, von denen das Schicksal des gesamten Planeten auf Jahre hinaus abhängen dürfte. Immerhin handelt es sich bei China um die erste Volkswirtschaft der Welt, die einem Drittel der Weltwirtschaft als Motor dient. Zudem handelt es sich um ein Land, das – von den Vereinigten Staaten – mit dem Ziel angegriffen wird, sein Wachstum zumindest zu bremsen. Wie wird Peking darauf reagieren, wie wird es sich verteidigen? Oder wird es vielleicht angreifen und wenn ja, wie?

Seit mehreren Jahren werden Informationsschlachten darüber geführt, ob sich Chinas Wirtschaft gut oder schlecht entwickelt. Jeder pickt sich dabei die Einzelbeispiele und Besonderheiten heraus, die zu seiner Überzeugung passen. Zum Beispiel Angaben zur Jugendarbeitslosigkeit oder zu den Problemen eines stark überhitzten Bausektors. Manchmal klammert man sich an monatliche Daten – warum sind die Exporte rückläufig? Peking antwortet mit grundsätzlicheren Zahlen. So wurde gerade errechnet, dass Chinas Außenhandel innerhalb von sechs Monaten um 6,1 Prozent (fast drei Billionen Dollar) gewachsen ist, wobei die Exporte um 6,9 Prozent zunahmen.

Auch finden sich Informationen über nicht quantitative, sondern qualitative Indikatoren für die chinesische Offensive auf den Weltmärkten: In den Vereinigten Staaten wurden im vergangenen Jahr acht Lizenzen für die Zusammenarbeit mit China im Bereich Kommunikation annulliert, und insgesamt haben (seit 2018, als der Kampf zwischen den beiden Volkswirtschaften ernsthaft begann) bereits 1.300 chinesische Unternehmen Lizenzen verloren. In der Zwischenzeit hat China als erstes Land der Welt ein 6G-Kommunikationssystem getestet, während der Westen immer noch darum kämpft, dass niemand 5G von einem Konkurrenten kauft. Es liegt also auf der Hand: Wer mit China zusammenarbeitet, hat einen klaren Wettbewerbsvorteil gegenüber jenen, die mit westlichen Unternehmen zusammenarbeiten. Und diese Tatsache sagt buchstäblich alles darüber aus, wie es um den Kampf um die führende Rolle in der Weltwirtschaft steht.

Wie ernst ist es dem Westen in diesem Kampf? Absolut ernst. Wir sprechen von einer Teilung der Welt in zwei getrennte Volkswirtschaften. Aber wer würde dann gewinnen? "Unter Biden sind wir abhängiger von chinesischen Lieferungen geworden als unter jedem anderen Präsidenten", wettern US-Republikaner. Der Schnitt müsse ihrer Überzeugung nach noch schärfer ausfallen, sonst sei Amerika am Ende.

Niemand in den USA hat ein "drittes Plenum" zu der Frage angekündigt, wohin die US-Wirtschaft gelenkt werden soll. Aber die Strategen streiten sich dort deshalb nicht weniger untereinander. Mehrere US-Regierungen haben sich vergeblich dafür gesprochen, sich Asien zuzuwenden; aber in Wirklichkeit hat Amerika Zeit verloren und steckt in europäischen Angelegenheiten fest, sagen einige. Wie lange können wir China noch "eindämmen", fragen andere. Dass es nötig ist, das Wachstum der chinesischen Wirtschaft mit allen denkbaren Mitteln einzudämmen, darin sind sie sich einig. Aber darüber hinaus wollen einige Peking bis zum vollständigen Sieg bekämpfen, was die Mobilisierung von Ressourcen und die Umstrukturierung der Wirtschaft des gesamten Westens auf militärische Bahnen erfordert.

Es ist ein harter Kampf, die Einsätze sind hoch, und dem dritten Plenum wird genau unter dem Gesichtspunkt dieser Auseinandersetzung entgegengefiebert: Wird Peking seine Wirtschaft mobilisieren und in militärische Bahnen lenken, um die Bedrohung abzuwehren?

Wenn die Erwartungen an das Plenum so hoch sind, ist das Ergebnis von vornherein dazu verdammt zu enttäuschen. Unter anderem, weil es bei den Beschlüssen weniger um den Kampf um Auslandsmärkte als um die Verbesserung der Lage im Inland gehen dürfte. Das ist verständlich, denn in früheren Epochen wuchs China dank des Außenhandels, aber das ist seit einigen Jahren

nicht mehr der Fall: Der wichtigste Markt ist inzwischen der Binnenmarkt mit fast eineinhalb Milliarden Verbrauchern.

Experten verweisen insbesondere auf eine Rede des chinesischen Regierungschefs Li Qiang, in der die künftigen Änderungen des Steuersystems recht detailliert beschrieben werden. Sie betreffen die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen dem Zentrum und den Provinzen, damit die Regionen mit ihren manchmal allzu riskanten Geschäftsaktivitäten die zentralen Investitionen in die Hochtechnologie nicht behindern.

Sind das gewichtige Schritte? Durchaus. Vor allem, wenn wir uns an die Rolle der Steuersenkungen in Donald Trumps Wirtschaftspolitik erinnern und wenn wir berücksichtigen, was heute in den USA im Bereich der Steuer- und Geldpolitik geschieht. So oder so, ob mit oder ohne Plenum, China ist sich des Kampfes um die Führungsrolle, der in der kommenden Ära ausgetragen werden wird, sehr wohl bewusst und nimmt ihn ernst.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 15. Juli auf ria.ru erschienen.

* * *

"Positiver Lenin-Bezug": Junge Welt darf vom Geheimdienst schikaniert werden

<https://dert.site/inland/212841-positiver-lenin-bezug-junge-welt/>

18.07.2024

Seit Jahren führt der Verfassungsschutzbericht die marxistische Tageszeitung "junge Welt" als "linksextreme" Umstürzlertruppe auf, was ihre Arbeit behindert und ihr wirtschaftlich schadet. Das Berliner Verwaltungsgericht befürwortet das und wies am Donnerstag ihre Klage dagegen ab.

Von Susan Bonath

Die deutsche Regierung fürchtet um ihre Deutungshoheit. Gesinnungsschnüffelei wird alltäglicher. Wer nicht konform ist, wird schnell zur Zielscheibe des Inlandsgeheimdienstes. Ein wohlgehegtes Feindbild im Westen ist die politische Denkrichtung des Marxismus. Zu Recht stehe die Berliner Tageszeitung *junge Welt* (JW) deshalb im Fokus und im jährlichen Bericht des Verfassungsschutzes, urteilte das Berliner Verwaltungsgericht am Donnerstag – und hämmerte einen weiteren Nagel in den Sarg der Presse- und Meinungsfreiheit.

Geschäftsschädigendes Verfassungsschutzgeraune

Die *junge Welt* ist dauerpräsent im Verfassungsschutzbericht. Sie strebe, so hieß es jüngst darin in gewohnt plattem Geraune, "die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung nach klassischem marxistisch-leninistischem Verständnis an". Außerdem sei sie "das bedeutendste und auflagenstärkste Medium im Linksextremismus". Und: Die Zeitung bekenne sich "nicht ausdrücklich zur Gewaltfreiheit".

Dagegen hatte der "Verlag 8. Mai" als Herausgeber der Zeitung geklagt. Ihre geheimdienstliche Nennung behindere ihre Verbreitung und sei daher geschäftsschädigend, argumentierte der Verlag. Werbemaßnahmen würden verhindert, Auskünfte häufig verweigert und Mitarbeiter müssten mit Bspitzelung rechnen.

Die rechte Zeitung *Junge Freiheit* hatte einst unter der gleichen Maßnahme gelitten, sich allerdings

2005 erfolgreich dagegen gewehrt. Ihre Präsenz im Verfassungsschutzbericht komme einem Eingriff in die Pressefreiheit gleich, urteilte damals das höchste deutsche Gericht in Karlsruhe – im Gegensatz zum aktuellen Verwaltungsgerichtsurteil gegen die *JW*.

Lenin und die "freiheitlich-demokratische Grundordnung"

Dass die im Grundgesetz verankerte Pressefreiheit eigentlich nicht dafür gedacht war, nur Medien zu legitimieren, die bestimmte politische Gesinnungsbekenntnisse ablegen, also etwa zur "Gewaltfreiheit", sieht neben dem Verfassungsschutz offenbar auch der Vorsitzende Richter am Berliner Verwaltungsgericht, Wilfried Peters, anders.

Jedenfalls hört der Spaß für ihn wohl auf, wenn es um die marxistische Deutung politischer Realität geht. Die Einschätzungen des Geheimdienstes seien nicht zu beanstanden, begründete er die Klageabweisung. Die *JW* teilte dazu mit:

"In der Begründung führte Peters unter anderem aus, dass Lenin, auf den sich die Zeitung positiv beziehe, 'die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft' habe. Die Zeitung habe zudem ein positives Bild der DDR."

Offenbar waren der Bundesregierung und dem Gericht nicht bekannt, dass es zu Lenins Zeiten das heutzutage im Westen propagierte Konstrukt der sogenannten "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" noch gar nicht gab.

Gefährliche "marxistische Grundüberzeugungen"

Abgesehen davon, dass es bisher nicht verboten war, sich "positiv auf Lenin" zu beziehen, unterstellt der Geheimdienst unter dem Diktat von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dem Blatt überdies, in erster Linie kein journalistisches Produkt zu sein, sondern eine politische Gruppierung, die das Ziel des Umsturzes verfolge, also "verfassungsfeindliche Bestrebungen" hege.

In einer Antwort von 2021 an Linke-Abgeordnete hatte die Bundesregierung diesem alljährlichen Dauervorwurf 2021 weiter hinzugefügt:

"Revolutionäre marxistische Grundüberzeugungen basieren auf verschiedenen Aspekten, die sich gegen Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richten. Beispielsweise widerspricht die Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der produktionsorientierten Klassenzugehörigkeit der Garantie der Menschenwürde."

Dass die *JW* die selbst nach Auffassung zahlreicher Nichtmarxisten real bestehende und kapitalismusimmanente "produktionsorientierte" Klassengesellschaft, sprich, die materielle Herrschaft reicher Konzerneigentümer über Lohnabhängige, gerade kritisiert und nicht etwa einführen will: geschenkt. Die Regierung deutet hier bewusst fehl, um Vorwürfe gegen eine unliebsame Zeitung zu konstruieren.

JW: "Klassenjustiz ist die adäquate Beschreibung"

Die Redaktion der Zeitung hält diese Begründungen für absurd. Das täglich als gedrucktes Blatt erscheinende Medium sehe sich den Grundsätzen des Journalismus verpflichtet. Es hetze nicht gegen Minderheiten und berichte über das politische Geschehen, dies allerdings mit einem erweiterten Blickwinkel, den der Mainstream häufig ausblende. In einer Sonderveröffentlichung vor dem Prozess schrieb die *JW*:

"In Wahrheit sind es die Positionen der *JW*, die als Gedankenverbrechen delegitimiert werden sollen."

Es ist wohl ihr Blickwinkel, der häufig die Sicht Unterdrückter und Missliebiger darlegt, sowie ihre Kritik an der politischen Verfasstheit der Bundesrepublik, was die *JW* zur politischen Erzfeindin der Schützer der gegenwärtigen Herrschaftsordnung macht.

Der stellvertretende Chefredakteur der Zeitung, Nick Brauns, sprach am Donnerstag gegenüber der Autorin von einer "Schlappe für die Pressefreiheit". "Die Argumente der Gegenseite waren auf einem unterirdischen Niveau", so Brauns. So habe sich der Richter auf Lenin fixiert, weil auf der Leserbriefseite ein Foto von ihm sei. Gerügt worden sei auch der Begriff "Klassenjustiz", den die *JW* benutzt habe. Brauns sagte:

"Dabei ist Klassenjustiz die adäquate Beschreibung für diesen Prozess: Wer in diesem Staat auf der Seite der Herrschenden steht, ihre Kriegspolitik und gegen die Mehrheit gerichteten Maßnahmen befürwortet, der genießt Pressefreiheit – im Gegensatz zu den Journalisten, die sie in Bedrängnis bringen."

Brauns zufolge will die *JW* gegen das Urteil in Revision gehen. Man habe den Prozess einmal angestrengt "und wir werden ihn notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht fortführen", betonte er. Das kann Jahre dauern. Wer weiß, wie viele Presseerzeugnisse bis dahin noch verboten werden, so wie russische Medien, darunter *RT DE*, schon 2022. Die autoritäre Krisenentwicklung in Deutschland lässt nichts Gutes erahnen.

* * *

Jürgen Elsässer: Auch Mainstream-Journalisten verurteilen Compact-Razzia

<https://dert.site/inland/212826-juergen-elsaesser-auch-mainstream-journalisten/>

18.07.2024

Bei rund 10 Compact-Mitarbeitern ließ Nancy Faeser Razzien durchführen. Am Tag danach erhält Chefredakteur Elsässer viele Interviewanfragen. Auch Mainstream-Journalisten empören sich über das Compact-Verbot und die Razzien. Man befürchte auch selbst betroffen zu werden.

Am Dienstag hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine Razzia in den Räumen des *Compact*-Magazins sowie in den Privatwohnungen des *Compact*-Chefs Jürgen Elsässer und einiger Mitarbeiter angeordnet. Am Tag danach spricht Elsässer mit verschiedenen Medienvertretern über seine persönliche und politische Bewertung des *Compact*-Verbots für die Gesellschaft dieses Landes.

Der Musiker und Aktivist Björn Banane hatte noch am selben Tag, wo die Hausdurchsuchungen stattfanden, eine *Compact*-Solidaritätskundgebung vor der Berliner Redaktion organisiert. Trotz polizeilicher Absperrungen beteiligten sich spontan rund 100 Unterstützer an der Aktion. Im Interview mit Björn Banane spricht Jürgen Elsässer über die Details und Auswirkungen der Razzia. Außerdem bewertet er das Vorgehen des Innenministeriums aus persönlicher und politischer Perspektive.

Das verordnete Verbot betreffe alle Bereiche der publizistischen Arbeit des Magazins. Dem Team sei "alles untersagt, was mit *Compact* zusammenhängt, Berichte, Social Media, TV-Produktionen." Bei der Razzia habe man neben dem technischen Equipment der Redaktion und den Firmenwagen

auch Bankkonten gesperrt und Privateigentum beschlagnahmt. Beispielsweise habe die Polizei in der Wohnung seiner Frau privates Geld, eine private Münzsammlung und einen privaten alten abgemeldeten Sportwagen mitgenommen. Dazu kommentiert der Publizist: "Man versucht nicht nur uns arbeitsunfähig zu machen, sondern auch uns zu demoralisieren." Aber bei alledem würde die Staatsmacht eines nicht verstehen:

"Das Wesentliche, was unsere Arbeit ausmacht, ist nicht in den Computern, das Wesentliche ist hier im Kopf. Und das können sie nicht beschlagnahmen."

Insgesamt habe es Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen bei Mitarbeitern in Werder, Falkensee, Panketal und neben Brandenburg auch bei Mitarbeitern in Sachsen-Anhalt, Sachsen und in Hessen gegeben. Bei einem betroffenen freien IT-Mitarbeiter in Hessen, der auch für andere Medien arbeitete, habe die Polizei auch sein ganzes technisches Equipment einkassiert. Der Mann könne nun auch seine anderen Aufträge nicht mehr erfüllen.

Kurzfristig müssten sich rund 25 Mitarbeiter des Magazins arbeitslos melden. Dabei nehme die angebliche Sozialdemokratin Nancy Faeser in Kauf, dass infolge dieser Maßnahme auch Menschen, die mit der inhaltlichen Arbeit gar nichts zu tun hatten, sondern in der Buchhaltung, oder der Technik gearbeitet haben, ihr Einkommen verlieren. Elsässer selbst habe bereits ein neues Handy und einen neuen Laptop besorgt und "die Kampfbereitschaft wiederhergestellt."

Mainstream-Medien veröffentlichen seine Interview-Aussagen ungeschnitten

Inzwischen habe er schon jede Menge Interviews gegeben. Das Interessante sei, dass er nicht nur von alternativen Medien, sondern auch von Mainstream-Medien dafür angefragt wurde. Bei deren Ausstrahlungen sei ihm aufgefallen, dass einige Mainstream-Medien seine Aussagen ungeschnitten veröffentlicht hätten. Dieses für ihn auffällig wohlwollende Verhalten interpretierte der *Compact*-Chef wie folgt:

"Das Interessante ist, dass jetzt Teile vom herrschenden Block, die noch bei Corona gegen uns standen, in dieser Situation die Gefahr erkennen."

Ihm sei zum Beispiel berichtet worden – er selbst hatte ja zunächst kein Handy und keinen Laptop – dass der *taz*-Journalist Deniz Yücel sinngemäß gesagt haben soll: Er habe zwar kein Verständnis für *Compact*, aber das Verbot und die Razzia gehe zu weit. Und die *Junge Welt* soll sinngemäß erklärt haben:

"Wir dürfen Maßnahmen nicht unterstützen, nur weil sie sich gegen rechts richten. Denn am Schluss wird sich das auch gegen uns richten."

An der Solikundgebung beteiligten sich auch vier AfD-Landtagsabgeordnete. Elsässer zufolge soll der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Christoph Berndt bei der Protestveranstaltung eine sehr gute Rede gehalten haben. Der *Compact*-Chefredakteur zitierte Berndt mit den Worten: "Der Schlag gegen Compact ist ein Schlag gegen die gesamte Opposition!"

Auch die Frage, wie es nun weitergehe, beantwortete Elsässer. Sein Anwaltsteam sei bereits dabei, eine Eilverfügung zur Aufhebung des Verbots und zur Herausgabe des beschlagnahmten Eigentums vorzubereiten. Ginge es mit rechten Dingen zu, müssten alle Arbeitsmittel und Wertgegenstände binnen einer Woche zurückgegeben und die Konten wieder freigeschaltet werden. Schließlich beschädige die Razzia bei einem Presseorgan die Demokratie in ihrem Kernbestandteil: "Ohne Pressefreiheit gibt es keine Demokratie."

Der Widerstand und die Machtfrage muss vom Volk auf die Straße getragen werden

Allerdings gelte es in der aktuellen Situation Folgendes zu bedenken: "Eine Innenministerin, die einen solchen Vorstoß macht, ist zu allem entschlossen. Sie ist auch in der Lage, die Unabhängigkeit der Justiz zu beeinträchtigen, in dem sie versucht, Richter und Gerichte in ihrem Sinne zu beeinflussen." Am Ende des Tages handele es sich nicht um Rechtsfragen, sondern um Machtfragen. Zwar liege die Macht im Augenblick auf Seiten der Regierung. "Aber", betont Elsässer am Ende des Interviews,

"uns ist es wichtig, dass das Volk und die Demokratiefreunde auf der Straße zeigen, dass sie diese Macht nicht länger erdulden."

Da ihnen auch verboten worden sei, ein Ersatzprodukt zu veröffentlichen, sei Elsässer erfreut, dass es jetzt unabhängig von der alten *Compact*-Mannschaft schon Bestrebungen gebe, diese Lücke zu füllen. Bis dahin lade er alle Unterstützer zum Solidaritätsfest ein, das nun statt des vorgesehenen Sommerfests zum gleichen Termin am 27. Juli stattfinde.

* * *

Meinung

Anschlagspläne auf Rheinmetall-Chef und das Sommerloch

<https://dert.site/meinung/212182-anschlagsplaene-auf-rheinmetall-chef-und/>

12.07.2024

Russland wollte Rheinmetall-Chef Papperger ermorden? Logisch ist an der Geschichte nichts dran, Belege gibt es keine, dennoch wird sie durch das mediale Dorf getrieben. Es ist Sommerloch und Politiker im Umfragetief suchen nach Profilierung. Das erklärt den Hype, die Geschichte selbst ist Fake.

Von Gert Ewen Ungar

Russland hatte Pläne für ein Attentat auf den Vorstandsvorsitzenden des Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger, behauptet der US-Sender *CNN* und deutsche Medien springen unmittelbar darauf an. Handfeste Belege für die Anschuldigung gibt es keine, die entsprechenden Medienberichte ergehen sich in Konjunktiven, selbst deutsche Sicherheitsbehörden kochen die Nachricht eher runter, aber sie hat ausreichend Nervenkitzel, das Sommerloch für ein paar Tage zu füllen.

Die abenteuerliche Geschichte liefert zudem die Steilvorlage, die es deutschen Politikern im Umfragetief ermöglicht, ein paar saftige Erklärungen in den Äther zu entlassen, mit denen sie sich ein wenig scheinprofilieren können. Gratismut ist eine zentrale Charaktereigenschaft, die alle Mitglieder des Kabinetts teilen und die auch unter den Abgeordneten des Bundestags weitverbreitet ist.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ergriff die Chance und giftete in Richtung Russland. Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) giftet mit – sie glaubt anscheinend, das stünde so in ihrer Arbeitsplatzbeschreibung. Die Europäer dürften nicht naiv sein, meinte Baerbock hinsichtlich der vermeintlichen Anschlagspläne Russlands. Baerbock ist sich der unfreiwilligen Komik ihrer Äußerung erneut nicht bewusst. Die FDP fordert gleich eine Sondersitzung des Bundessicherheitsrats. Es geht Schlag auf Schlag.

Wenn Politiker eine Nachricht nutzen, um sich dann in einer Art Profilierungswettbewerb gegenseitig mit drastischen Forderungen zu überbieten, dann bleibt die Vernunft und Rationalität auf der Strecke. Konkrete Belege für die Behauptung, Russlands Geheimdienst habe einen Anschlag auf Rheinmetall-Chef Papperger geplant, gibt es nämlich keine. Festgenommen wurde niemand, der Konzernchef erfreut sich bester Gesundheit, die Geschichte ist in sich zudem nicht stimmig.

Russland wird Rheinmetall so ausschalten, wie es bisher alles an Rüstungsproduktion in der Ukraine ausgeschaltet hat. Die Produktion, die Rheinmetall in der Ukraine aufbauen will, wird mit gezielten Schlägen zerstört. Papperger ist als Manager völlig unwichtig. Wird er liquidiert, nimmt ein anderer seine Position ein. Sein Tod würde an der von der Bundesregierung getroffenen Entscheidung, die Ukrainer bis zum letzten Mann kämpfen zu lassen, nichts ändern. Die Militarisierung der Bundesrepublik ist gesetztes Programm, die Ukraine aufzurüsten und die deutschen Steuerzahler dafür bluten zu lassen, ebenfalls.

Da das aber so offensichtlich ist, ist die Frage, die sich stellt, warum glaubt ein relevanter Teil der

Deutschen den Unsinn dennoch, den ihnen der Mainstream und die "Ganz Große Koalition" von Ampel einschließlich CDU vorsetzt? Es fand gerade ein NATO-Gipfel statt und im zeitlichen Umfeld des Treffens hat Russland entgegen aller bisherigen Strategie angeblich ein Kinderkrankenhaus beschossen. Im Anschluss machte die Meldung der Anschlagsplanung die Runde. Man muss keine fünfzehn Semester Medienwissenschaften studiert haben, um erkennen zu können, dass es sich um eine konzertierte Aktion, um ein Medienspektakel handelt: Es ist Fake.

Wer das nicht glaubt, sollte genau darauf achten, was in den nächsten Wochen passiert. Die Meldung verschwindet einfach aus dem Fokus, ohne dass irgendein konkretes Ergebnis zu vermelden wäre. Wie bei Butscha – außer dem großen Medienrummel gab es nichts Konkretes. Auf die damals von UN-Generalsekretär Guterres geforderte unabhängige Untersuchung wartet die Welt noch heute.

Gewartet wird auch noch immer auf konkrete Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung des Anschlags auf den Doppelagenten Sergei Skripal und seine Tochter Julia in der englischen Kleinstadt Salisbury im Jahr 2018. Zwei russische Geheimdienstmitarbeiter sollen die Wohnungstür der Skripals mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok präpariert haben. Die Skripals überlebten und sind seitdem verschwunden. Die wichtigsten Zeugen sind einfach weg. Die Tochter meldete sich von Zeit zu Zeit telefonisch. Ob sie es tatsächlich ist, weiß kein Mensch. Das Motiv ist gänzlich unklar. Die ganz Geschichte strotzt nur so von Widersprüchen.

Mit Nowitschok soll auch Alexei Nawalny vergiftet worden sein. Wie ihm das Gift verabreicht wurde, ob mittels Tee, durch eine kontaminierte Wasserflasche oder ob es auf der Unterhose aufgetragen war, ist bis heute nicht klar. Klar ist nur, Putin war's. Zumindest für Konsumenten des deutschen Mainstreams. Dabei wirft auch der Fall Nawalny mehr Fragen auf, als er Antworten liefert. Er lässt zudem die damalige Bundesregierung in einem mindestens zwielichtigen Licht erscheinen. Sie hat sich jeder Kooperation und Zusammenarbeit bei der Aufklärung des Falls verweigert. Er wurde daher auch nie richtig aufgeklärt. Das brauchte man auch gar nicht, denn der Medienrummel hat seinen Zweck erfüllt.

Es ließen sich weitere Beispiele finden. Alle Fälle eint, dass faktisch nichts bewiesen wurde, niemand verurteilt wurde, nie eine offizielle Verhandlung stattfand, die Schuldfrage aber medial immer geklärt wurde. Man nennt das Propaganda. Dass es sich auch im Fall Pappergers um Propaganda handelt, ist anzunehmen. Er passt in die Reihe.

Das eigentlich Bedauerliche ist, dass dieses systematische Desinformieren des heimischen Publikums immer wieder funktioniert. Dabei sollte man als Deutscher vorrangig eins aus der Geschichte des eigenen Landes gelernt haben: Deutsche Medien und deutsche Politiker lügen – nicht immer, aber doch ziemlich regelmäßig. Es ist ihnen mit einer gesunden Portion von Misstrauen zu begegnen.

Der gesunde Menschenverstand sagt, dass die Geschichte um ein geplantes Attentat auf einen Rheinmetall-Vorstand Fake ist. Sie passt zu den Geschichten, die deutsche Propaganda üblicherweise erzählt. In die Welt der Tatsachen passt sie nicht.

* * *

Die Biden-Regierung offenbart, wie verrottet die Hirne westlicher Liberaler sind

<https://dert.site/meinung/212267-biden-regierung-offenbart-wie-verrottet/>

13.07.2024

US-Präsident Joe Biden ist ein überaus passendes Symbol; nicht nur für den Zustand der Regierung, der er vermeintlich vorsteht, sondern auch für den Zustand des Denkens, das die Machtpolitik der Vereinigten Staaten leitet.

Von Caitlin Johnstone

Auf dem NATO-Gipfel in Washington nannte der US-Präsident am Donnerstag Präsident Selenskij "Präsident Putin", sprach von Kamala Harris als "Vizepräsident Trump" und sagte, er "folge dem Rat meines obersten Befehlshabers" bei wichtigen militärischen Entscheidungen.

Das Hirn dieses Mannes funktioniert eindeutig nicht. Es ist erledigt. Finito. No más. Die Demenz hat ihn sicher im Griff, und die Neurologie von Joe Biden stottert.

Die Amerikaner haben den lebenden Beweis, dass ihr Land keinen Präsidenten mit funktionierender grauer Masse benötigt, damit in der Exekutive der USA Entscheidungen getroffen werden und Politik umgesetzt wird. Die Kriege und der Militarismus ticken ununterbrochen weiter, die autoritären Planungen rollen vom Band und der politische Status quo bleibt erhalten. Man kann keinen überzeugenderen Beweis dafür verlangen, dass trotz des ganzen Geweses, das um US-Präsidenten und die Präsidentschaftswahlen gemacht wird, dieses Amt nur die Galionsfigur eines Imperiums darstellt, das nicht wirklich von seiner offiziell gewählten Regierung gelenkt wird.

Da passt es nur, dass das Gehirn des US-Präsidenten ihm eigentlich aus den Ohren rinnen sollte, während die Hirnfäule der Ideologie, die ihn nach oben spülte, vor der ganzen Welt offengelegt wird.

Es liegt eine Art poetischer Schönheit in der Tatsache, dass die sogenannten "Gemäßigten" des westlichen Liberalismus jetzt für die Wiederwahl eines halb toten Demenzpatienten trommeln, während seine Regierung einen aktiven Genozid in Gaza fördert, einen die ganze Welt bedrohenden Stellvertreterkrieg in der Ukraine vorantreibt, einen Krieg mit dem Libanon vorbereitet und mit zunehmender Aggression gegen Russland und China aufrüstet, zugleich das Ökosystem der Erde tötet und zur Armut, Krankheit und Unterdrückung der amerikanischen Bevölkerung daheim beiträgt. Die Hirnfäule ihrer Weltsicht hat einen Kerl mit einem tatsächlich faulenden Hirn zum offiziellen Vertreter.

Die Biden-Regierung hat jeden Wert vollständig diskreditiert, für den einzutreten westliche Liberale von sich behaupten. Frieden. Gerechtigkeit. Menschenrechte. Eine freie Presse. Opposition gegen Rassismus. Opposition gegen Tyrannei. Diese Freaks haben am 7. Oktober schlicht vergessen, dass Genozid etwas Schlechtes ist; und sie werden sich vermutlich nicht mehr daran erinnern, bis die Propagandamaschine des Imperiums diesen Vorwurf gegen die nächste Regierung nutzen muss, die das Imperium für einen Regimewechsel vorgesehen hat.

Die "Gemäßigten" und "Zentristen" der westlichen Weltsicht sind in Wirklichkeit gewalttätige Extremisten, und nicht nur das, sondern die mörderischste und zerstörerischste Extremistengruppe auf dem Angesicht dieses Planeten. Nicht eine Gruppe auf Washingtons Liste von Terrororganisationen hat eine Opferliste, die auch nur einen Bruchteil so lang ist wie die, die das US-Imperium allein im 21. Jahrhundert auf dem Gewissen hat.

Das ist die politische Ideologie, der Biden seine gesamte, viel zu lange dauernde Karriere überfolgte, seit er nur ein Babymonster im Sumpf war, mit 30 in den Senat gewählt, bis jetzt, wo er all das kognitive Treibgut und Strandgut seines jahrzehntelangen Seelenverkaufs auf der Umgehungsstraße in seiner zerstörten Hirnmasse ineinanderfließen sieht wie Ölfarben auf einer Palette.

Das ist es, was Joe Biden ist. Das ist, was die westlichen Liberalen sind. Sie sind das Gemetzel, die Hungersnot und die Seuchen in Gaza. Sie sind die Biosphäre, die unter dem Stiefel des ökozidalen Kapitalismus zu Tode gewürgt wird. Sie sind die Atomraketen, die rund um die Welt auf Position fahren. Sie sind ein sterbendes Hirn und ein sterbendes Herz in einer sterbenden Welt, die sie selbst geschaffen haben.

Hoffentlich erfolgt der Tod dieser toxischen, allseits tödlichen Ideologie nicht allzu lang nach dem Tod von Joe Biden.

Aus dem Englischen.

Caitlin Johnstone ist eine unabhängige Journalistin aus Melbourne, Australien. Ihre Website findet sich hier, und man kann ihr auf X unter @caitoz folgen.

* * *

Attentat auf Trump: Es hätte überrascht, wenn es keins gegeben hätte

<https://dert.site/meinung/212316-attentat-auf-trump-es-haette-ueberrascht/>

14.07.2024

Joe Biden braucht kein Attentat zu fürchten, er ist sich selbst das Attentat. Dagegen war zu erwarten, dass früher oder später Schüsse auf Donald Trump fallen werden. Es ist eine alte "demokratische" Tradition in den USA, heute so degradiert wie das ganze Land.

Von Oleg Jassinski

Ich habe oft geschrieben, dass ich weder für die eine noch für die andere Seite des US-amerikanischen Bruderzwistes, des inzestuösen Kampfes um einen Alterssitz im Weißen Haus, persönliche oder politische Sympathien hege. Beide Seiten repräsentieren mit nur geringen Nuancen eine uns und der gesamten Menschheit zutiefst feindlich gesinnte Kraft. Die Kraft, die ihr imperialistisches Heimatland "wieder groß machen" will, indem sie dessen angeschlagene Weltherrschaft festigt.

Je heftiger sie untereinander streiten, desto besser für uns.

Es wäre überraschend, wenn es keinen Anschlag auf Trumps Leben gegeben hätte. Nur bei Biden brauchen wir uns in dieser Hinsicht keine Sorgen zu machen, er ist selbst das permanente Attentat auf seine eigene Kandidatur.

Die USA bleiben ihrer geliebten "demokratischen" Tradition treu, nur dass es heute nicht mehr nötig ist, das magere Budget der Sonderdienste für die Ausbildung von Superagenten zu strapazieren. Es reicht vollkommen aus, den freien Verkauf von Waffen aufrechtzuerhalten und die Zahl der aggressiven, psychisch instabilen Lumpen auf den Straßen hochzuhalten, womit das verkommene mediale System perfekt zurechtkommt.

Die Dekadenz des Systems zeigt sich in allen Bereichen. Das von Jahr zu Jahr sinkende intellektuelle Niveau der Wahlbewerber ist nicht auf einen "Personalangel im Establishment" zurückzuführen, sondern spiegelt den Wunsch der Masse der Wähler nach einem Politiker wider, der ihm intellektuell ebenbürtig und verständlich ist. Wie nahe er dabei dem System steht, spielt für den Durchschnittswähler keine Rolle. Franklin Delano Roosevelts oder Kennedys Reden würde der heutige Wähler einfach nicht verstehen und wäre beleidigt.

Damit Biden im November noch mit Trump gleichziehen kann, müssten seine Image-Macher den Wählern vorschlagen, auch auf ihn ein paar Schüsse abzugeben. Und da die Sicherheitsdienste völlig überfordert sind, sollten sie den Kandidaten zumindest raten, während ihrer Reden vor den Wählern keine Sekunde stillzustehen und kugelsichere Kopfhörer zu tragen.

Aber nehmen wir uns ein Beispiel an den USA und mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Landes ein.

Wenn das Attentat echt war, dann überrascht an ihm nur eines: das Ausmaß der Unfähigkeit der Sicherheitsdienste. Selbst der mutmaßliche Attentäter (der Zeit hatte, auf das Dach zu kriechen und sorgfältig zu zielen) wurde nicht von ihnen, sondern von der Polizei erschossen. Kommt man da umhin, sich die verwegene Frage zu stellen, in welch "zuverlässigen Händen" sich die US-Atomwaffenarsenale befinden?

***Oleg Jassinski** (englische Transliteration: Yasinsky), ein aus der Ukraine stammender Journalist, lebt überwiegend in Chile und schreibt für RT Español sowie unabhängige lateinamerikanische Medien wie *Pressenza.com* und *Desinformemonos.org*. Man kann ihm auch auf seinem Telegram-Kanal folgen.*

* * *

"Die Russen wollten ja nicht kommen" – Gibt es eine Grenze für Lügen?

<https://dert.site/meinung/212419-schweizer-friedenskonferenz-russen-wollten-ja/>

15.07.2024

Es ist noch gar nicht lange her, da fand in der Schweiz eine "Friedenskonferenz" statt. Allerdings war Russland nicht dabei, es bekam keine Einladung. Doch bekanntlich wird Geschichte gern umgeschrieben, und so wurde nun eine neue Erzählung kreiert.

Von Tom J. Wellbrock

Kürzlich wurde auf YouTube ein Video veröffentlicht, in dem es um eine Sendung bei *Maybrit Illner* im ZDF ging. Zu Gast war neben der Einzelkämpferin Sahra Wagenknecht eine Gruppe Russenhasser, unter ihnen auch Omid Nouripour von Bündnis 90/Die Grünen. Dieser behauptete an einer Stelle der Sendung:

"Die Schweiz hat eine große Konferenz gemacht, zimal den Kreml nachgefragt, ob sie kommen wollen ..."

Sahra Wagenknecht unterbrach:

"Das stimmt doch überhaupt nicht."

Und Nouripour entgegnete:

"Doch, das stimmt."

In dem verlinkten Video wird der Grüne zu Recht als Lügner bezeichnet. Doch dann geschah auf X und im Kommentarbereich bei YouTube etwas Merkwürdiges. Bevor wir dazu kommen, seien an dieser Stelle ein paar Medien zitiert, die beweisen, dass Nouripour gelogen hat.

RedaktionsNetzwerk Deutschland, 12.04.2024:

"Moskau. Russlands Präsident Wladimir Putin hat die für die Ukraine geplante Friedenskonferenz in der Schweiz kritisiert. Russland werde dorthin nicht eingeladen"

n-tv, 15.06.2024

"Derzeit wird in den Medien und im Netz sehr viel darüber diskutiert, dass Russland nicht eingeladen wurde. Ohne die russische Seite sei es keine ernstzunehmende Friedenskonferenz, heißt es häufig, und manchmal, die sei auch gar nicht gewollt gewesen."

Freiburger Nachrichten, 14.06.2024:

"Jetzt ist klar: Die Schweiz lädt 160 Staaten ein zur Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock. Nicht eingeladen ist Russland. Putin wird das für schärfere Attacken nutzen. Damit kommen schwierige Zeiten auf die Schweiz zu."

Swissinfo.ch, 16.06.2024:

"Russland, das nicht eingeladen war und deutlich gemacht hatte, dass es nicht teilnehmen wollte, bezeichnete den Gipfel als Zeitverschwendung und legte stattdessen konkurrierende Vorschläge vor. China war ein weiterer bemerkenswerter Abwesender."

Tagesschau, 02.05.2024:

"Im Juni soll erneut über einen Frieden in der Ukraine gesprochen werden: Die Schweiz hat offiziell zu einer Konferenz geladen und mehr als 160 Einladungen verschickt – an Russland allerdings nicht. Moskau solle aber einbezogen werden."

Die Liste ließe sich fortsetzen. Launige Russenhasser bogen sich die Sache aber nun neu zurecht und behaupteten, Russland selbst habe die Einladung abgelehnt, und selbst wenn es eingeladen worden wäre, wäre ohnehin kein Vertreter Russlands erschienen.

Die Schweiz selbst, die ihre Rolle als neutraler Vertreter mit Füßen getreten und sich international unglaublich gemacht hat, formuliert es auf einer Website so:

"Die Schweiz hat immer wieder Offenheit signalisiert, eine Einladung an Russland für die hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine auszusprechen. Russland hat allerdings mehrfach verlauten lassen, dass es kein Interesse an einer Teilnahme hat. Daher wurde keine formelle Einladung an Russland ausgesprochen."

Die hochrangige Konferenz in der Schweiz sollte einen Friedensprozess anstoßen. Die Schweiz ist überzeugt, dass Russland im Verlauf dieses Prozesses miteinbezogen werden muss. Ein Friedensprozess ohne Russland ist undenkbar."

Tatsächlich bot die Konferenz die Möglichkeit, zum ersten Mal auf höchster Ebene darüber

zu diskutieren, wie und wann Russland in diesen Prozess einbezogen werden kann."

Nouripour und zahlreiche Kommentatoren zeichnen nun also ein Bild, das den Fakten widerspricht. Denn selbst wenn Russland die Einladung abgelehnt hätte, bedeutet das nicht, dass sie ausgesprochen wurde. Zudem ist die Formulierung, die Schweiz habe "immer wieder Offenheit signalisiert, eine Einladung für die hochrangige Konferenz auszusprechen", pure Rhetorik. Entweder man spricht eine Einladung aus oder eben nicht.

Das ständige und wiederholte Verdrehen von Tatsachen funktioniert, wie ein Kommentar auf X zeigt:

"'Es wäre nicht im Sinne Schweizer Neutralität, Russland nicht einzuladen.' 'Russland wollte sich explizit nicht einladen lassen.' Ob Russland jetzt dennoch eingeladen wurde, ist mir nicht klar. Die Daten sind widersprüchlich. Russland wäre in keinem Fall zu der Konferenz gekommen."

Nein, die Daten sind nicht widersprüchlich, aber sie wurden so lange manipuliert und entfremdet, bis der Normalsterbliche einfach nichts mehr damit anfangen kann. Das ist Manipulation in Reinkultur, und sie zieht sich durch die deutsche Medienlandschaft wie ein roter Faden.

In der Sendung *Maybrit Illner* ging es munter weiter. Der Fall der Bombardierung des Kinderkrankenhauses in Kiew sei geklärt. Das sagten "alle Seiten", betonten Nouripour und auch Claudia Major, eine angebliche Sicherheits- und Verteidigungsexpertin, in Wahrheit Mitglied der "Stiftung Wissenschaft und Politik", die seit Jahren finanziell üppig durch die Bundesregierung ausgestattet wird. Als zuverlässige Quelle nannten sie allen Ernstes die "Rechercheplattform Bellingcat", man kann es kaum fassen.

Und dann waren da ja noch die wachsenden Ausgaben für Rüstung nach NATO-Kriterien, die Sahra Wagenknecht für Deutschland nun auf etwas mehr als 90 Milliarden Euro bezifferte. Das sei falsch, konterte Major, die "ein anderes Verhältnis zu Fakten habe als" Wagenknecht. Das stimmt tatsächlich, denn unter der Überschrift "90,6 Milliarden Euro – Deutschland knackt Zwei-Prozent-Marke der NATO" schrieb am 9. Juni 2024 Die Welt:

"Deutschland hat der NATO für das laufende Jahr geschätzte Verteidigungsausgaben von 90,6 Milliarden Euro gemeldet und würde damit derzeit klar das Zwei-Prozent-Ziel des Bündnisses erreichen. Wie aus einer neuen Übersicht der NATO hervorgeht, entspricht die Rekordsumme einem Anteil am prognostizierten deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,12 Prozent. Die Quote würde damit höher liegen als noch zu Jahresbeginn erwartet."

Zahlreiche weitere Medien meldeten die gleichen Zahlen, aber für Claudia Major stimmen sie einfach nicht, und dieselben Medien, die die 90 Milliarden erst vor kurzem verkündet hatten, schreiben jetzt eifrig das Gegenteil und unterstellen nunmehr Wagenknecht, angeblich die Unwahrheit gesagt zu haben.

Die Frage, die in der Beschreibung des oben verlinkten Videos gestellt wurde, ist also inzwischen sehr leicht zu beantworten:

"Es gibt einen Punkt, da fragt man sich: Gibt es eine Grenze der Lüge?"

Nein, diese Grenze gibt es nicht mehr, schon lange nicht mehr.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs

neulandrebell.

* * *

Im Westen nichts Neues: Hubertus Knabe und das Stockholm-Syndrom

<https://dert.site/meinung/212473-hubertus-knabe-und-stockholm-syndrom/>

15.07.2024

Die meisten westdeutschen Autoren, die über die Nachfahren der DDR schreiben, tun dies mit einer kolonialherrlichen Attitüde. Das ist bei Hubertus Knabe nicht anders, der meint, sich wegen der "falschen" Wahlentscheidungen der Angeschlossenen zu Wort melden zu müssen.

Von Dagmar Henn

Irgendwie hat es auch sein Gutes, dass die militantesten Propagandisten des Westens, zu denen Hubertus Knabe ohne jeden Zweifel zu zählen ist, meinen, die beste Methode, die bösen Ostdeutschen von ihren politischen Irrwegen abzubringen, sei, sie möglichst lautstark zu beleidigen. Der Erfinder des DDR-Gruselkabinetts, auch bekannt als "Gedenkstätte Berlin-Schönhausen", verwendet einen ganzen Artikel darauf, zu behaupten, die Bürger der DDR hätten allesamt an einem Stockholm-Syndrom gelitten und sich "mit ihren Unterdrückern identifiziert".

Man kann das natürlich auch mit Humor nehmen, schließlich wäre eben dieses Stockholm-Syndrom fast die einzig denkbare Entschuldigung für die gegenwärtige Bundesregierung, würde man sie eines Tages für die begangenen Untaten vor Gericht stellen, als psychiatrische Ausrede, warum sie völlig unfähig waren, die Sprengung von Nord Stream als einen Angriff zu begreifen, denn von den guten US-Amerikanern könne nur Gutes ausgehen...

Knabe gönnt dem Publikum eine lange Litanei, wie sehr doch die "Verbrechen der Roten Armee" in der DDR verschwiegen worden seien. Man ist versucht, ihm das Stichwort "Rheinwiesenlager" links und rechts um die Ohren zu hauen, ein klein wenig darauf zu verweisen, dass die Kriegsführung der Westalliierten mit großflächigen Bombardements von Wohngebieten auch damals ein Kriegsverbrechen war, und dass die krönende Kirsche auf dieser Torte dann die Wiederinthronisierung der Nazielite unter Adenauer war, die man ebenfalls als freundliches Geschenk der US-Amerikaner betrachten sollte (von Kleinigkeiten wie der deutschen Spaltung ganz abgesehen), aber das wäre im Grunde gar nicht nötig.

Das beklagte Schweigen ist nur noch entfernte Erinnerung älterer Mitbürger, denn seit 1990 braucht man im Grunde nur noch den Fernseher anzuschalten, um regelmäßig mit Berichten berieselt zu werden, die betonen, wie grauenvoll doch die DDR war. Außer natürlich, es kommt gerade ein neuer PISA-Bericht, und man muss wieder einmal kleinlaut zugeben, dass das Bildungssystem der Finnen, das ständig weit oben liegt, eine Kopie desjenigen der DDR war.

"Sowjetische Fremdherrschaft über Ostdeutschland", wirklich? Wie bitte bezeichnet er dann den heutigen Zustand der Bundesrepublik?

"Im Westen ist vielen dagegen bis heute bewusst, dass sie ihre Freiheit nur der Stärke der NATO und der Unterstützung der USA im Ost-West-Konflikt zu verdanken haben."

Wenn man jahrzehntelang sein Brot mit politischer Denunziation verdient, schlägt das irgendwann auf den Charakter. Wäre Knabe tatsächlich der Historiker, der zu sein er behauptet, müsste er irgendwann auch über solche Dinge wie den Artikel 131 Grundgesetz gestolpert sein, der die Nazibeamten wieder in Amt und Würden brachte. Hundertfach, tausendfach Personen, die an

schwersten Verbrechen beteiligt waren oder diese sogar befehligt haben, siehe Theodor Oberländer. Er hätte, wäre er nicht völlig in seinem Auftrag, die DDR in den allerschwärzesten Farben zu zeichnen, irgendwann auch auf so unangenehme kleine Details in Deutschland West gestoßen, wie die Zustände in Kinderheimen.

In denen übrigens, Bemerkung am Rande, sehr häufig sogenannte "Besatzungskinder" landeten, die Kinder schwarzer US-Soldaten, die bis gegen Ende der 1960er von den Jugendämtern ihren Müttern entrissen wurden, sofern die Väter zurück in die Staaten gingen. Und wer weiß, dass es tatsächlich ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gab, in dem festgelegt wird, wie dick ein Gummischlauch sein darf, mit dem ein Vater sein Kind schlägt, dem wird ganz schwummrig angesichts der Verherrlichung des deutschen Westens durch den Herrn Knabe.

Nun mag ja ein Historiker ein Fachgebiet haben und ansonsten völlig blind sein für andere Informationen. Und sicher wäre es seiner Karriere nicht zuträglich gewesen, wahrzunehmen, dass die Insassen der von ihm so hervorgehobenen sowjetischen Speziallager tatsächlich überwiegend Naziverbrecher waren, ja, eben jene Leute, die unter der schützenden Hand der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik wieder Kommissare, Richter, Studienräte, Professoren und Minister wurden, während in den Rheinwiesenlagern eher die gewöhnlichen Soldaten krepieren, weil man SS und Offiziere sehr bald zur weiteren Verwendung gut unterbrachte.

Aber auch das ist nicht der Punkt, denn wir reden von der Vergangenheit, über die man unterschiedliche Ansichten haben kann, denen man allerdings immer hinzufügen sollte, dass diese Ereignisse alle noch viel zu nah liegen, um sie wirklich bewerten zu können. Mehr noch – die wirkliche Erzählung, welcher Teil Deutschlands nun wie besetzt und wie souverän war oder ist, kann erst geschrieben werden, wenn die letzten Teile Besatzung entfernt sind, nämlich all die Zweigniederlassungen der US-Armee, die ganzen Kommandozentralen, EUCOM, CENTCOM, AFRICOM; wenn sie weg sind, und die unzähligen NGOs, Stiftungen et cetera, die diese Interessen vertreten; wenn endlich offen darüber gesprochen werden kann, was ab 1990 tatsächlich geschehen ist, eingeschlossen die massive Enteignung der Bevölkerung der DDR, eingeschlossen die Entwertung sämtlicher Berufsabschlüsse, eingeschlossen die volle Aufklärung über die eigenartige Anhäufung politischer Morde, die die weitere Entwicklung verzerrten.

Alles nicht Knabes Auftrag. Sein Auftrag ist die Spaltung. Und die Behauptung von "Moskaus brutalem Imperialismus". Selbst wenn er am Ende seines Artikels schreibt, "das verloren gegangene Vertrauen lässt sich nur durch eine Politik zurückgewinnen, die Probleme löst statt sie zu tabuisieren" – der Mann ist grün. Die Kriegspolitik ist ihm kein Problem. Und er hat das US-Gepose vollständig verinnerlicht, in ihm gibt es nicht den geringsten Raum für Zweifel, kein Vietnam, kein Abu Ghraib, und man geht sicher nicht fehl, dass nicht einmal der live übertragene Genozid in Gaza den leisesten Wellenschlag auf seinem bergseetiefen Glauben an die Vereinigten Staaten von Amerika verursachen kann:

"Im fairen Streit um die besseren Konzepte dürften auch die Wähler von AfD, BSW und Linken erkennen, dass der ehemalige KGB-Offizier Putin am Ende nur durch Stärke zu beeindrucken ist."

Das klingt, als habe er zu viele James-Bond-Filme gesehen und nicht einmal John le Carré gelesen. Dabei müsste er es in mehrfacher Hinsicht besser wissen.

In Knabes Wikipedia-Biografie steht, er habe 1992 "aus seiner Stasiakte" erfahren, dass ein Freund über ihn berichtet habe, und: "von da an widmete sich Knabe der Enttarnung oder Bloßstellung früherer MfS-Spitzel". Das ist eine extreme Schieflage. (Ich hätte auch gerne 1992 in meine Akte gesehen, aber die lag (mindestens) beim Bayrischen Landesamt für Verfassungsschutz, und dessen

Akten sind, wie die aller anderen Verfassungsschutzämter, die des BND und die des MAD eben nicht 1992 zugänglich gewesen, und selbst heute gäbe es da bestenfalls geschwärzte Seiten). Wer weiß, wie viele sonst im Westen begonnen hätten, sich "der Enttarnung oder Bloßstellung" von Verfassungsschutzspitzeln zu widmen.

Da bleibt im Hinterkopf nur immer diese ungeheuerliche Zahl aus dem NSU-Prozess über den "Thüringer Heimatschutz", 40 Mitarbeiter irgendwelcher Dienste unter 120 Personen. Eine wirklich atemberaubende Dimension, die man nicht ernst genug nehmen kann, und das schon vor der Erfindung all dieser grünen Nebengeheimdienste.

Die ganze Geschichte, die Knabe erzählt, mit der er sein ganzes Leben verbracht und finanziert hat, auf durchaus angenehmem Niveau und als umworbener Experte, funktionierte immer nur, weil die andere Seite fehlt. Weil eben die Westakten nicht für eine wirkliche Bewertung zur Verfügung stehen. Einzelne Punkte machen es dennoch klar, dass dieses Schwarz-Weiß-Bild, das Knabe mitzuzeichnen half, nicht stimmen kann. Briefe, die von Ost nach West gingen und umgekehrt, wurden immer dreimal gelesen. Einmal im Osten, einmal im Westen, und zuletzt erst vom Empfänger.

Wobei man im Rückblick zugeben müsste, dass auch da vieles schlicht Ergebnis dieser Frontstellung war, der Tatsache, dass die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten nicht nur dies, sondern auch die eingefrorene Frontlinie des Kalten Krieges war, ein Weltkrieg in Wartestellung, der ein wirklich ziviles Leben auf beiden Seiten erschwerte. Man könnte auch erkennen, dass nichts verheerender für die Zukunft eines Landes ist, als dauerhaft eine Trennlinie zwischen Siegern und Besiegten zu etablieren. In gewisser Weise sind es Leute wie Knabe, die dafür gesorgt haben, dass es beinahe schon wieder zwei Länder sind.

2007 hat Knabe gefordert, die Rosenholz-Dateien sollten veröffentlicht werden. Dabei handelte es sich um mikroverfilmte Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, die allerdings nicht unmittelbar in deutschen Archiven landeten; sie befanden sich zuvor in den Händen der CIA. Auch wenn die öffentliche Erzählung behauptet, sie seien von der CIA selbst "erbeutet" worden, ist dies falsch. Zuerst hatte sie der BND; er hat sie aber, ohne sie zu kopieren, an die CIA weitergegeben. Der Grund, warum die CIA an diesen Akten überhaupt interessiert war, war nicht, dass sich daraus Informationen für mögliche Erpressungen ziehen ließen (das sicher auch); viel entscheidender war, dass die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit auch daran gearbeitet hatte, US-Agenten in der Bundesrepublik zu identifizieren. Diese Liste wäre im Ringen um deutsche Souveränität der Joker gewesen. Das, was die CIA letztlich an Deutschland zurückgab, und was zu veröffentlichen Knabe forderte, enthielt diese Informationen selbstverständlich nicht mehr.

Knabe hat, zusammen mit Joachim Gauck und in der Folge Marianne Birthler, letztlich nach Kräften dafür gesorgt, den Blick nur auf jene Akten zu lenken, die für die Eliten des Westens völlig ungefährlich sind. Weder die Akten der Ermittlungen der DDR-Behörden zu Naziverbrechen, die ebenfalls in der Gauck-Behörde verschwanden, noch die so zentrale Agentenliste waren ihm je eine Erwähnung wert.

Allerdings stellt sich, wenn man die Karriere von Knabe betrachtet, durchaus auch die Frage, ob er nicht noch andere Auftraggeber hatte als die Bundesrepublik. Er war 1988 Leiter der evangelischen Akademie in Westberlin. Das bedeutet, sein damaliger Arbeitgeber war die evangelische Kirche. Er saß aber auch auf einer Stelle, die für die politischen Angriffe auf die DDR nicht ganz unwichtig war, oder vielmehr, die eines der Scharniere darstellte, über das die dafür erforderlichen Kontakte geknüpft werden konnten. Was bedeutet, dass er mit Sicherheit regelmäßige Kontakte zum BND hatte. Was aber ebenfalls bedeuten kann, dass er mindestens Kontakte zur CIA hatte. Wenn nicht

mehr.

Dann wäre das, was er in den letzten Jahrzehnten getrieben hat, und was er in seinem Artikel noch einmal so eindringlich darstellt, kein Ergebnis eines Stockholm-Syndroms, sondern schlicht die Arbeit eines langjährigen Bediensteten im Interesse seines Auftraggebers.

* * *

Die Autokratin: Ursula von der Leyens Führungsstil der Demokratieverachtung

<https://dert.site/meinung/212535-autokratin-ursula-von-leyens-fuehrungsstil/>

16.07.2024

Von der Leyen ist noch nicht wiedergewählt, legt aber bereits die künftige EU-Politik fest. Sie will die Ratspräsidentschaft Ungarns boykottieren, denn Orbán setzt sich für Frieden ein. Die EU unter ihr steht weder für Frieden noch für Demokratie, sondern für die Wende zur Autokratie.

Von Gert Ewen Ungar

In der EU geht alles seinen Gang. Es geht alles weiter, als hätte es die EU-Parlamentswahlen nie gegeben. Alles läuft, als wäre bei diesen Wahlen die bisherige Politik nicht massiv vom Wähler abgestraft worden. Der Kurs wird in aller Ignoranz einfach fortgesetzt. Ursula von der Leyen regiert im Stil einer Autokratin. Sie unterlässt jede Handlung, die auch nur im Ansatz als Respekt vor dem Wähler und als Respekt vor der Demokratie gedeutet werden kann.

Von der Leyen teilte mit, sie wolle die Ratspräsidentschaft Ungarns boykottieren. Sie trifft damit eine Entscheidung für eine Zeit, für die sie bisher nicht im Amt bestätigt wurde. Sie nimmt noch nicht einmal höflichkeitshalber Rücksicht auf das EU-Parlament. Es ist ihr schlicht schnuppe. Die Abstimmung über ihre zweite Amtszeit ist für diesen Donnerstag vorgesehen, dennoch trifft von der Leyen schon jetzt weitreichende Entscheidungen und eskaliert den EU-internen Streit mit Ungarn. Mehr an Verachtung gegenüber dem Wähler und dem Parlament lässt sich kaum denken. Noch nicht einmal dem Anschein nach wahrt Ursula von der Leyen die Form.

Ungarn, vor allem Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, stellt für die Kommission in Brüssel ein Problem dar. Zum einen besteht Orbán auf ein hohes Maß an Souveränität seiner Regierung gegenüber den Entscheidungen der Kommission und nimmt sich heraus, nicht alles, was von Brüssel und Straßburg vorgegeben wird, eins zu eins umzusetzen. Souveränität aber ist der EU-Bürokratie ein Gräuel. Sein Land wird für die "Anmaßung", eigene Entscheidungen im eigenen Interesse zu treffen, regelmäßig bestraft. Beispielsweise durch die Sperrung von Geldern. In der EU herrscht reine Willkür und das wird hier erneut deutlich.

Nun hat Ungarns Ministerpräsident zudem die Dreistigkeit besessen, die turnusmäßige Ratspräsidentschaft seines Landes dazu zu nutzen, sich um eine Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt zu bemühen. Dazu sprach er mit Selenskij, mit Putin, mit Chinas Präsidenten Xi und mit Trump. Über die Ergebnisse und über einen sich daraus ergebenden Weg zur Beilegung des Konflikts informierte er die Staats- und Regierungschefs der EU. Das löste deren und den Zorn der EU-Kommission aus. Man mag es kaum glauben, aber der Friedensnobelpreisträgerin EU sind Bemühungen um Frieden in Europa zuwider. Die designierte Kommissionspräsidentin und einige EU-Länder wollen die Ratspräsidentschaft Ungarns nun zur Strafe boykottieren.

Von der EU und von der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten kommt kein Vorschlag zu

einer Beilegung des Konflikts. Im Gegenteil strebt die EU nach einer strategischen Niederlage Russlands. Russland soll militärisch und durch Sanktionen zur Kapitulation gezwungen werden. Die EU hegt ganz klar eine Vernichtungsabsicht gegenüber der Russischen Föderation.

Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt die EU die Ukraine mit Waffenlieferungen und durch finanzielle Zuwendungen. Die Waffenlieferungen werden unter anderem ganz unironisch aus einem "Friedensfazilität" genannten EU-Fonds bezahlt. Aussicht auf Erfolg hat die Strategie der EU keine. Sie erhöht nur die Opferzahlen vor allem auf der ukrainischen Seite und verlängert den Krieg und die Zerstörung. Sie isoliert zudem die EU. Die Aggressivität der EU macht auch der Vorgang um Orbán deutlich. Verhandlungen lehnt nicht Russland, sondern die EU und die Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten ab – die EU steht für Krieg.

Putin sei zu Verhandlungen nicht bereit, hat in diesem Zusammenhang die deutsche Außenministerin zahllos wiederholt. Orbáns Besuch in Moskau straft sie und zahllose andere Politiker in der EU, die Ähnliches behaupten, lügen. Putin ist zu Verhandlungen bereit, hat er wiederholt geäußert. Ein System von Zensur hat es möglich gemacht, dass die breite Öffentlichkeit in der EU davon kaum etwas erfährt.

Dann kam Orbán und legte offen, in welchem Ausmaß die Bürger der EU von ihren politischen Vertretern belogen werden. Man kann verhandeln, Friedensinitiativen sind möglich. Der Konflikt lässt sich diplomatisch lösen. Die EU, die Regierungen vieler EU-Länder und allen voran von der Leyen wollen es schlicht nicht.

Voraussetzung für Frieden ist, dass das Vorhaben, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, zur Disposition gestellt wird. Wer darüber nicht reden will, will Krieg und er will ihn lang. Die EU hält aber genau an diesem Punkt und damit an ihrem Kurs der immer weitergehenden Eskalation fest.

Fern der tatsächlichen Kräfteverhältnisse glaubt sie in der Position zu sein, einem Großeuropa unter geografischem Einschluss Russlands die Bedingungen diktieren zu können. Tatsächlich ist sie weit davon entfernt, dies durchzusetzen. Die EU steckt in der Dauerkrise, ihre wirtschaftlichen Kennzahlen sind schwach, die Rückwirkungen des Sanktionsregimes schaden der EU mehr als Russland. Es fehlt ihr schlicht an Macht, ihr Einfluss schwindet. Mit der Politisierung des Euro hat sie zudem nun auch der eigenen Währung geschadet.

Orbáns Friedensmission hätte es der EU ermöglicht, das Gesicht zu wahren. Jetzt steht die EU in aller Weltöffentlichkeit als der wahre Kriegstreiber da. Der Gestus, mit dem eine noch nicht gewählte Kommissionspräsidentin zudem gegen Ungarn austeilt, zeigt der Welt, dass kaum jemand weiter von den Werten der EU entfernt ist, als die designierte Kommissionspräsidentin selbst.

Am öffentlich vorgetragenen Demokratiegeschwurbel von der Leyens wird das nichts ändern. Lediglich die Verlogenheit ist nun noch etwas offensichtlicher geworden. Damit wächst die Notwendigkeit, die autokratische Struktur der EU weiter zu verfestigen. Denn der Kurs, für den die Kommission von der Leyen steht, dient nicht dem Frieden, nicht dem Wohlstand und ist nicht im Interesse der Bürger der EU. Seine Durchsetzung erfordert auch ihnen gegenüber immer umfassendere Zensur, Zunahme an Repression, kurz immer mehr Gewalt.

* * *

Ukrainische Neonazi-Brigade kommt auf Werbetour nach Berlin – Proteste gegen "rechts" geplant?

<https://dert.site/meinung/212481-ukrainische-neonazibrigade-kommt-auf-werbetour-nach-berlin-proteste-gegen-rechts-geplant/>

17.07.2024

Die neonazistischen Proxy-Krieger der 3. Sturmbrigade kommen als Talkshow-Stars nach Deutschland. Es ist heute schwieriger denn je, ihr wahres Gesicht durch den Nebel der antirussischen Propaganda zu erkennen. Angefangen als faschistische Militanten, haben sie sich zu einer militärischen Elite-Einheit der westlichen Welt entwickelt.

Von Wladislaw Sankin

Am 21. Juli startet die Asow-Bewegung ihre Europatournee mit den Angehörigen ihres Kampfverbands, der 3. separaten Sturmbrigade der ukrainischen Armee. Darüber berichtet die Zeitung *Junge Welt* (*jW*). Geplant hat die Einheit, die von Andrei Bilezki, einem der einflussreichsten Neonazi-Führer der Ukraine angeführt wird, zunächst Auftritte in Warschau und Wrocław, später in Prag, Vilnius, Rotterdam und Brüssel.

Auch in Deutschland sind drei Auftritte geplant – in Berlin, Hamburg und Köln –, und alle sind kostenpflichtig. Diejenigen, die die "Helden" im Live-Format "zum Anfassen" erleben möchten, müssen in Berlin 20 Euro als "Spende" für Kampfzwecke abgeben, und in Hamburg 15 Euro. Dafür bekommen sie "die epischsten Geschichten von der Front" geboten, garniert mit "Soldatenhumor".

Welchen Humor? Nicht etwa diesen: "Hast du die GoPro-Kamera angemacht? Es ist herrlich heiß hier!"? Was "heiß" bedeutet, wird in einem Video der Schwester-Einheit der 3. Brigade, der 12. Brigade der Asow-Spezialeinheiten, erläutert. Im Video zertrümmert ein Asow-Kämpfer den Kopf eines wehrlosen russischen Soldaten mit mehreren Gewehrsalven aus nächster Nähe – *RT DE* berichtete über das Video und Reaktionen darauf in Russland.

Bilezki und seine Leute – zunächst als militante "Aktivisten" des Maidan, dann als Angehörige des Asow-Bataillons – sind diejenigen, die ihr Land ins Chaos eines Bürgerkriegs gestürzt haben. Dann haben sie als Freiwillige des Asow-Regiments und seines politischen Flügels "Nationales Korps" mit Randalen und Morddrohungen den Weg der Ukraine zur friedlichen Beilegung des Donbass-Konflikts auf diplomatischem Wege verhindert – gemeint ist eine ganze Reihe von Ausschreitungen im Zuge der sogenannten "Anti-Kapitulationsdemos" in den Jahren 2018 bis 2020.

"Kommt zum Treffen mit den echten Kämpfern der Brigade, die in den Schlachten von Bachmut, Awdejewka und Charkow waren", heißt es in der Werbung zur bevorstehenden Reise, die auf Social-Media-Kanälen verbreitet wird. "Unzensuriert erzählen sie alles über ihren Dienst."

Die 3. Sturmbrigade inszeniert sich bis heute mit Stolz als historischer Erbe des Bandera-Flügels der faschistischen Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und deren bewaffneten Arms, der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA), die einst zu den willigsten Helfern im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und beim Holocaust zählten, stellt die *jW* fest. Ihre historische Verbundenheit mit Banderisten haben die Angehörigen der 3. Sturmbrigade im Zuge eines "historischen" Fotoshootings zum Ausdruck gebracht, wo sie sich in den gleichen Posen wie UPA-Kämpfer auf Archivfotos ablichten ließen, wie eine Ausstellung im Kiewer Stadtmuseum im September 2023 zeigte. Damit demonstrierten sie mehr als deutlich, dass sie nicht in den Kämpfern gegen den Hitler-Faschismus ihre Vorläufer sehen, sondern in deren Gegnern, den Nazi-Helfern.

[Screenshot]

Ungebrochen ist entsprechend ihre Bewunderung für Hitlers Elitekrieger: Diverse Symbole der 3. Sturmbrigade sind in Anlehnung an die Insignien der Waffen-SS gestaltet, eines sogar nach dem Truppenkennzeichen der 36. Waffen-Grenadier-Division "Dirlewanger". "Dirlewanger" und ähnliche Verbände der ukrainischen Nationalisten wüteten unter anderem in der benachbarten Weißrussischen SSR und halfen den Deutschen, die "Drecksarbeit" bei den sogenannten Strafkationen gegen Partisanen und Zivilisten zu erledigen.

Natürlich bestreitet Bilezki stets, ein Nazist im Geiste des Dritten Reiches zu sein. Die SS-Wolfsangel sei nur entfernt den Asow-Symbolen ähnlich. Diese hätten nichts mit der mittelalterlichen deutschen Heraldik oder mit Nationalsozialismus zu tun, sondern mit den Zeichen des wolhynischen Adels und alten Kosakenfamilien, die nun die rein ukrainische "Idee der Nation" verkörpern, argumentiert Bilezki (in diesem Fall im Interview mit dem Nachrichtenportal LB im Dezember 2014).

[Screenshot]

Aber das ganze Bild zählt. Und in der ganzen Asow-Ästhetik schlägt purer Militarismus und esoterisch angehauchter Kriegskult durch. Die Asow-Leute sehen sich als Eliteorden, als übermenschliche Helden aus heidnischen Sagen und gleichzeitig bis auf die Zähne bewaffnete Technokrieger, die sich entsprechend gut auch in Sachen Vermarktung auskennen.

Zweck der Europatournee ist also, "Fans im Ausland zu treffen". Wie der Ankündigung zu entnehmen ist, geht die Mission der Tournee über Finanzmittelakquise und das bereits weit fortgeschrittene Branding von Asow – mit eigenen Filmproduktionsfirmen, Modelabels, Verlagen, neuerdings sogar einer Netflix-Serie – weit über die Pflege des Kulturindustriemarktes im Westen hinaus.

Es geht wohl um die Verstärkung der durch die heftigsten Kämpfe stark ausgedünnten Fronteinheit. "Wir wissen, dass ihr die Heimat vermisst. Ihr könnt euch unseren Reihen anschließen", appelliert die 3. Sturmbrigade an die hier lebenden ukrainischen Männer. Wer sich partout nicht für den Heldentod an der "Ostfront" begeistern will, soll wenigstens Ersatzdienst im Ausland leisten: "Ihr könnt lokale Initiativen gründen", so die Aufforderung von Asow, die Bewegung in Deutschland zu etablieren.

Diese hat mit einem Ableger von "Centuria" (einer weiteren Neonazi-Organisation der Ukraine, deren militärischer Arm in die 3. Sturmbrigade eingegliedert ist) bereits in Magdeburg Fuß gefasst – RT DE berichtete. Dass Asow Expansionsdrang nach Europa hat, indiziert auch der Titel der Tournee: "Unsere Leute sind überall". #

Die *Junge Welt* weist auch auf die deutschen Gastgeber des "Nazispektakels im Talkshowformat" hin. In Hamburg sei es der Verein der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit "Feine Ukraine", der regelmäßig Kundgebungen für mehr Waffenlieferungen und die Einrichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine initiiert. Damit wirbt der Verein faktisch für den Einsatz der NATO-Truppen gegen Russland und damit die Ausweitung des Konflikts.

Vergangenen Monat war "Feine Ukraine" Mitorganisator einer Veranstaltung, inklusive Autogrammstunde, mit der ukrainischen Sanitätssoldatin Julia Pajewska – einem Ex-Mitglied des banderistischen "Rechten Sektors" – in der renommierten Bucerius Law School. In Berlin soll die Asow-Show am Donnerstag im Hotel Continental – Art Space in Exile, Zentrum für Moderne Kunst in Treptow stattfinden, das vorwiegend von geflohenen ukrainischen Künstlern genutzt wird

und dessen Träger "ogalala Kreuzberg e.V." sich für die "Förderung von Kunst und Kultur" einsetzt.

Eine Anfrage der *jW*-Redaktion beim Hotel Continental – das auch Kooperationspartner des Deutschen Theaters ist – zu seiner fragwürdigen Kooperation mit faschistischen Kriegern blieb bislang unbeantwortet.

[Screenshot]

Wenn das Hotel und seine vornehmen städtischen Partner das Werben für ukrainische Neonazis nicht anstößig finden, könnten wenigstens die zahlreichen Bündnisse gegen rechts dies mit einem Protest vor dem Veranstaltungsort tun. Auch die "Omas gegen Rechts" könnten aktiv werden sowie andere Organisationen, die vorgeben, antifaschistisch zu sein. Als Beispiel könnten sie den Protest gegen den "gesichert" rechtsextremistischen Publizisten Martin Sellner aus Österreich nehmen, der vergangene Woche eine Lesung in einem Vereinshaus in Berlin-Lichterfelde durchführte – *RT DE* berichtete. Dabei haben bis zu tausend Protestler ihm und seinen 50 bis 60 Zuhörern, überwiegend im Rentenalter, beim Hinein- und Hinausgehen einen Spießrutenlauf mit "Nazis raus"-Parolen bereitet.

Aber ich bezweifle, dass sich jemand zu einer Protestaktion bereiterklären wird. Niemand wird sich dafür zuständig fühlen. Protest gegen die "coolen" Jungs von Asow, die modische Bärte tragen und brachiale Gewalt witzig finden, würde in Berlin gleich Protest gegen den Berliner Senat und die Bundesregierung bedeuten. Denn sie sind es, die ukrainische Faschisten als Freiheitskämpfer verklärend seit Jahren hofieren.

Und das ist das Schrecklichste. Diejenigen, die sich ausdrücklich als Proxy-Armee und NATO-Speerspitze gegen Russland begreifen (Aussagen eines Asow-Kommandeurs dazu hier zitiert), die Völker ganz unverblümt rassistisch in "zivilisiert" und "unzivilisiert" einteilen, auf zynische Weise die deutschen "Schuldkomplexe" manipulieren (wie es ukrainische Diplomaten tun) und die Geschichte des Zweiten Weltkriegs dafür auf den Kopf stellen, haben hierzulande das Sagen.

Diejenigen, die ihnen mit Friedensgedanken gern widersprechen würden, erstarren vor der Chuzpe dieser Leute wie Kaninchen vor der Schlange und lassen sich weiterhin in "rechts" und "links" spalten. Sie schauen den Kriegsvorbereitungen ratlos zu und bleiben zu Hause – auch dann, wenn es darauf ankommt, entschieden die eigene Meinung kundzutun und zumindest noch zu versuchen, das schlimmste Szenario für ihr Land und Europa zu verhindern.

* * *

Compact-Verbot: Reklamecoup für Jürgen Elsässer – oder Werbung für die Ampel?

<https://dert.site/meinung/212762-compact-verbot-reklamecoup-fuer-juergen/>

18.07.2024

Stellt das Compact-Verbot eine juristische willkürliche Politfinesse dar oder ist es nur ein weiteres Schmierenstück aus der endlosen Serie des "Parlamentarismus-Theater". Autor Uli Gellermann erkennt in dem Verbotsakt einen "Angriff auf das Grundgesetz", der von den eigentlichen Problemen im Kanzleramt ablenken soll.

Von Uli Gellermann

Das hätte sich der Jürgen aus dem gemütlichen badischen Pforzheim nicht träumen lassen, dass man ihn und sein Rand-Magazin *Compact* zum großen Staatsfeind aufblasen würde. Aber die SPD,

Grüne und FDP-Regierungskoalition, die gern auch links blinkt, aber einen klaren rechten Kurs fährt, macht alles, um eine faschistische Gefahr an die Wand zu malen, weil sie sich dann als antifaschistisch darstellen kann. So wie die Regierung im Januar amtliche Massen-Demonstrationen gegen RECHTS inszenierte, so dämonisiert sie jetzt Jürgen Elsässer: Die Ampel braucht den großen inneren Feind, um von der eigenen Verzweigung abzulenken. Das Magazin *Compact* ist jetzt bekannter als jemals zuvor.

Brav, grüner Toni, sitz!

Das selbst verordnete Rohstoff-Embargo gegen preiswerte russische Rohstoffe lähmt die deutsche Wirtschaft und kurbelt die Inflation an. Die Waffenlieferungen in die Ukraine kosten Steuergelder und erhöhen die Kriegsgefahr in Europa. Statt angesichts dieser Gefahr öffentlich über die Sinnhaftigkeit der aggressiven und gefährlichen NATO nachzudenken, unterwirft sich die Regierung Scholz der US-Politik und erhöht den Rüstungs-Etat auf 72 Milliarden Euro und ihr Pistorius darf lauthals über weitere Rüstungen schwadronieren.

Statt sich der Friedens-Initiative des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán anzuschließen, lässt die Ampel den Vorsitzenden des Europaausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter (Grüne) kläffen: "Mit seinen Alleingängen hat der ungarische Ministerpräsident die Kompetenzen, die ihm im Rahmen der Ratspräsidentschaft zustehen, weit überschritten". Brav, grüner Toni, sitz!

Mehr als die Hälfte der Deutschen ist unzufrieden

Angesichts der wirren Berliner Regierung sind, laut aktueller Ipsos-Umfrage, mehr als die Hälfte der Deutschen "sehr unzufrieden" mit der Arbeit der Ampelregierung. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) sieht die deutsche Wirtschaft "wie gelähmt" und stellt fest "Im Vergleich zu anderen großen europäischen Ländern fällt Deutschland spürbar ab". In dieser schwierigen Lage von ROT-ROT-GRÜN-GELB heißt die Parole "Ablenkung". Auch wenn die Bundesregierung sonst nichts zustande bringt, ist es ihr immerhin gelungen, sich als "links" zu etikettieren. Also muss in dieser Logik der innere Feind "rechts" sein. So kommt man auf Jürgen Elsässer.

Elsässers Rolle nach rechts

Jürgen Elsässer irrlichtert schon lange an den Rändern der deutschen Politik. In den 70ern war er noch Mitglied des "Kommunistischen Bunds (KB)", von Kennern auch "Komischer Bund" genannt. Später war er Redakteur der *junge Welt*-Zeitung, jener Publikation, die das Wort Revolution mit "drei R" schreibt, bis ihm dann die Rolle nach rückwärts-rechts gelang. Dort rollt er immer noch.

Märchen von der rechten Gefahr

Spätestens seit dem Corona-Regime haben die alternativen Medien an Bedeutung zugenommen. Sie könnten zu einer Gefahr für die Mehrheitsmedien werden. Die sichern – noch vor Armee und Polizei – den Bestand der Herrschaft. Um diese Versicherung der Machtausübung zu retten, wurde schon in der Corona-Zeit das Märchen von der rechten Gefahr in die Welt gesetzt. Diese erfolgreiche Fabel erklärte einfach alle Kritiker des Corona-Regimes zu Rechten. Zugleich zog sich die deutsche Linke panisch in ihr pandemisches Schneckenhaus zurück und machte bei der Diffamierung der neuen außerparlamentarischen Opposition kräftig mit.

Weitere staatliche Schritte

Und in ebendieser Zeit hatte auch Jürgen Elsässers Blatt *Compact* Zulauf. Seine Vita ist tauglich für einen demonstrativen Schlag gegen "rechts". Natürlich soll dieser Schlag nur der Beginn einer

Kampagne gegen alle alternativen Medien sein. Der vom regierungsfrommen "Hannah-Arendt-Institut" finanzierte "Extremismus-Experte", Steffen Kailitz, macht klar, wo es hingehen soll. Er rechnet damit, dass dem Verbot des Magazins *Compact* in Kürze weitere staatliche Schritte folgen werden: "Ich gehe davon aus, dass der Repressionsdruck steigen wird", sagte der Wissenschaftler vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU-Dresden dem *Evangelischen Pressedienst (epd)* am Dienstag. Das Verbot des Magazins ergebe nur Sinn, wenn die Szene daran gehindert werde, andere Kanäle für ihre Botschaften zu suchen.

Übler Trick der Ampel

Natürlich ist das Verbot von *Compact* ein Angriff auf das Grundgesetz, in dem die Presse- und Meinungsfreiheit ausdrücklich verankert ist. Das Verbot kommt von einer Regierung, die angeblich mit diesem Verbot die "Demokratie" schützen will. Das ist ein übler Trick, denn schützen will die Ampel nur die eigenen Pfründe. Wer die Medien in der Hand hat, die jeden Rechtsbruch der Regierung beklatschen, der kann sich diese Tricks bequem leisten.

Inszenierung des Parlamentarismus-Theaters

Solche Inszenierungen kann nur das Parlamentarismus-Theater zur Aufführung bringen: Eine Regierung, die durch ihre Rüstungspolitik nachhaltig beweist, dass sie rechts ist und gegen das Grundgesetz agiert, will sich mit einem verfassungswidrigen Verbot gegen Jürgen Elsässer als links und demokratisch beweisen. Wenn es nicht so widerlich wäre, könnte man in lautes Lachen ausbrechen. Aber da mit Elsässer die kompletten alternativen Medien bedroht sind, verbietet sich das Lachen.

Uli Gellermann ist Filmemacher und Journalist. Seine Erfahrungen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern begründen seine Medienkritik. Er ist Betreiber der Internetseite www.rationalgalerie.de.

Der Beitrag wurde zuerst am 17. Juli 2024 auf www.rationalgalerie.de veröffentlicht.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Juli 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.